

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Savitkova 32. 1923. 6797. gram-Abrech. Sozialdemokrat, Prag II., Savitkova n. n. 32. Bolkhmedani 57544.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Ks 16.— vierteljährlich 48.— halbjährig 86.— ganzjährig 192.— Abbestellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbringung der Retourkarten. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Sonntag, 30. September 1923.

Nr. 228.

## Was uns helfen soll!

Die deutsche Arbeiterschaft wird sich in diesen Tagen kaum vor Erstaunen darüber fassen können, wie viel wohlmeinende Freunde, Lehrer, Ratgeber und Beweiser ihr erstanden sind. Wie ein Mann haben sich sämtliche deutsch-nationale Schriftleiter der Republik jetzt nach der „Vernichtung der Sozialdemokratie“, die nach ihrer Meinung bei den Gemeindevahlen zutage getreten ist, bereit erklärt, sich der deutschen Arbeiter anzuschließen und ihnen den wahren Weg des Heils zu zeigen. Daneben äußern sie, geräuschvoll wie vollgetrunkene Publikumssänger, noch immer ihre siegestolle Laune über den „Zusammenbruch des Marxismus“, wobei sie es nicht an Belehrungen darüber fehlen lassen, daß wir Sozialdemokraten den Marxismus schlecht verstehen und daß seine eigentlichen Kenner und Ausdeuter sie, die deutsch-nationalen Schriftleiter, sind. Und während uns in der tschechoslowakischen Presse einmütig erklärt wird, unser Mißerfolg sei dadurch bewirkt worden, weil wir zu nationalistisch gewesen seien, vergnügt sich die Schriftleiterschaft einmütig damit, papageisthaft das Schlagwort vom „nationalen Verrat der Sozialdemokraten“ herzuaplappern. Ihre geistige Bedürfnislosigkeit bewahrt sie davor, bei dieser Beschäftigung Langeweile zu empfinden.

Aber siehe da, da ist unter den Schriftleitern einer, dem das Geschimpfe über die Sozialdemokraten nicht genügt, sondern der sich aus dem Ergebnis der Gemeindevahlen einen Extroranten zu machen sucht. Er geht der Sozialdemokratie, mit Verlaub zu sagen, wissenschaftlich an den Leib, er kommt ihr historisch und materialistisch, daß man über so viel profunde Schriftleiterschmerzhaftigkeit daß erstaunen muß. Der Treffliche ist Herr Karl Anjorge, der im „Trautenauer Tagblatt“ gleich in drei Artikeln, die er „Die physische Welle“ betitelt, den König seine Weisheit über die Gemeindevahlen verapopt. Wir sind widerlegt, aber leider noch nicht zerknirscht genug, um uns gutwillig in die Grube zu legen, die uns der treudeutsche Anjorge so gründlich schaufelt. Der gute und wohlmeinende Mann rät uns nämlich nichts geringeres an, als Selbstmord zu begehen, denn — die „physische Welle“ sei gegen uns. Nun, bevor wir dieses notürlich schmerzliche Karakiri an uns vollziehen, wollen wir doch die Gründe von Herrn Anjorges Urteil vernehmen.

Nein, ruft er aus, niemand bilde sich irgendwas und irgendwann ein, daß „er und seine Nation“ — ist doch zweierlei bei den Deutschnationalen? — zu dem großen Zusammenbrüche des Marxismus in der tschechoslowakischen Republik irgend etwas besonderes beigetragen habe; das wäre falsch. Nein, fährt er fort, „dieses Ende war nicht aufzuhalten“. Hier spricht der Herr Anjorge vom „Ende“ der Sozialdemokratie, aber wir werden noch sehen, daß er vorerst doch noch nicht daran glaubt. Aber das nur nebenbei. Er meint also, das Wahlergebnis bedeutet nicht das besondere Verdienst einer Partei, und unsere Partei hätte nichts wesentlich ändern können, auch wenn sie diesen oder jenen Fehler vermieden, diese oder jene andere Taktik befolgt hätte, woran ohne Zweifel soviel richtig ist, daß wir diesmal unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen den Wahlkampf führen mußten und daß das Wahlergebnis nicht, wie immer gelogen wird, eine Folge des „Verlages des Marxismus“ ist. Doch uns interessieren vor allem Herrn Anjorges Schlussfolgerungen: die Sozialdemokraten hätten nur dann ihre Schlappe verführen können, wenn sie „die historischen Notwendigkeiten erkannt und daraus die nötigen Folgerungen gezogen hätten“, mit einem Wort, sie hätten — „Nationalsozialisten werden müssen“. Und weiter: „Der einzige Ausweg der Sozialdemokratie war, ihrem Untergang freiwillig zuzustimmen.“ Karlsen, Karlsen, es scheint, Du hast ein wenig zu tief in den Redaktionshumpen hineingeblickt! Doch Herr Anjorge wird bald darauf wieder nüchtern und erklärt treuherrlich, eigentlich dürfe man es der Sozial-

## Bayern gegen das Reich.

Die Bemühungen der Berliner Reichsregierung, die außenpolitischen Schwierigkeiten nicht noch durch innerpolitische Konflikte zu vermehren, werden — so meldet man uns aus Berlin — immer offensiver von den bayerischen Reaktionen durchkreuzt. Der Reichswehrminister hatte gestern auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über die Verhängung des Ausnahmezustandes das Organ Hiltlers, den „Völkischen Beobachter“, für das ganze Reich verboten. Heute erklärte nunmehr der Generalkommissar von Rahr, daß dieses Verbot für Bayern keine Geltung habe. Er bestellte lediglich den verantwortlichen Redakteur des Blattes zu sich, um ihm zu eröffnen, daß der Versuch, die Ausgaben und Absichten des Generalkommissars in der Öffentlichkeit herabzusetzen, nichtslos bestraft würden. Das bedeutet die offene Auslehnung des bayerischen Diktators gegen die Reichsregulativ. Bei den amtlichen Stellen in München scheint man die Möglichkeit gehabt zu haben, das Verbot des „Völkischen Beobachters“ durchzuführen. Herr v. Rahr hat jedoch anders beschloffen; das beleuchtet die wirkliche Natur des bayerischen Ausnahmezustandes.

Verstärkt wird der von Herrn von Rahr herausbeschlossene Konflikt durch die Maßnahmen, die er gegen die Sozialdemokratie getroffen hat. Rahr hat nicht nur die sozialdemokratischen Arbeitervereine, die zum Schutz gegen die hiltlerischen Sturmtruppen gebildet worden sind, verboten, sondern anherdem in dem Gebäude der „Münchener Post“ und in einigen Wirtschaften, die von Arbeitern frequentiert werden, nach Waffen suchen lassen. Zugleich sind die Vollzugsverordnungen des Republik-Schutzgesetzes für Bayern außer Kraft gesetzt worden. Die Lage in Bayern ist jetzt so: während die Republik feindlichen Elemente nach wie vor ihre Sturmtruppen bilden, in aller Öffentlichkeit ihre Waffen zur Schau tragen und sie gegen Republikaner gebrauchen dürfen, verbietet man geradezu Organisationen, die zum Schutz der Republik gebildet worden sind, und verbannt die Arbeiter der Mittel, mit denen sie den Hiltlerbanden entgegenzutreten könnten. Dazu tritt die offene Auslehnung gegen das Reich, die Nichtbefolgung und die Außerachtlassung der von der Reichsregierung und vom Reichstag geschaffenen Gesetze und Verordnungen zum Schutze der Republik. Die Reichsregierung wird trotz der ungeheuer gespannten außenpolitischen Situation vor der bayerischen Annäherung nicht zurückweichen dürfen und sofort alles in die Wege leiten müssen, um auch Bayern zur Anerkennung der Reichsgewalt zu zwingen. Die deutsche Sozialdemokratie ist einmütig darin, daß der bayerischen Reaktion kein Zugeständnis gemacht werden dürfe, denn das würde tatsächlich das Ende des Reiches bedeuten.

### Rahrs Doppelantli.

#### Waffenbeschlagnahme bei der „Münchener Post“.

München, 29. September. (Tsch. P. B.) Gestern abends wurde das Gewerkschaftshaus und das Gebäude der sozialdemokratischen „Münchener Post“ von Landespolizei nach Waffen durchsucht. Es wurden zwei leichte Maschinengewehre, etwa 40 Infanteriegewehre und eine Anzahl Panzergrenadiere vorgefunden und beschlagnahmt. Hinter dem Panzer- und Lastkraftwagen der Polizei,

die die Waffenbeschlagnahme bei der „Münchener Post“ vornahm, fuhr Hiltler in seinem Personenauto, was zeigte, daß diese Aktion im Einklang mit Hiltler unternommen worden ist. Die Erregung unter der Arbeiterschaft über die Durchsuchung der „Münchener Post“ und des Gewerkschaftsgebäudes ist außerordentlich, weil sie in diesem Vorgehen des Staatskommissars eine durchaus einseitige Maßnahme sieht, die nicht auch gegen die bewaffneten rechts stehenden Verbände angewendet wird. Die Erbitterung ist um so größer, weil die Waffen der sozialdemokratischen Sicherheitsabteilung nur

zur eventuellen Verteidigung des Eigentums dienen sollten, während die Bewaffnung der Kampfverbände nach offenem Eingeständnis der völkischen Führer in erster Linie zum Bürgerkrieg verwendet werden sollten. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß es aus Anlaß dieser Waffenbeschlagnahme zu ernstlichen Konflikten kommen kann.

Von amtlicher Seite wird festgestellt, daß Herr von Rahr und der militärische Befehlshaber in München General Löffow bisher ohne Kompetenzstreitigkeiten im besten Einvernehmen zusammengearbeitet hatten. Weniger zufrieden mit den Zuständen in Bayern sind aber die Sozialdemokraten und Republikaner, die darauf hinweisen, daß Rahr einerseits die republikanische Morgenfeier verbietet, die Veranstaltung von Deutschen Tagen aber gestattet, auf denen Hiltler und Ludendorff ihre bisherige Agitation fortsetzen können. Unter diesen Umständen wirft der „Vorwärts“ die Frage auf, ob nicht in Bayern unter den Augen des Herrn von Rahr die Vorbereitung des Bürgerkrieges, die sich keineswegs in militärischen Rüstungen erschöpft, begünstigt werde. Welchen Wert hat die Stellung des Militärbefehlshabers in Bayern, wenn er eine derartige Stellung der bayerischen Vollzugsgewalt duldet? Es sei gewiß wünschenswert, einen Konflikt zwischen Bayern und dem Reich so lange als möglich zu vermeiden. Aber wenn Bayern diesen Konflikt wünsche, dann müsse energisch zugegriffen werden, um zu verhindern, daß der vom Reich abhängige Ausnahmezustand zu einer Rulisse werde, hinter der die radikalsten Schwärmer ihre letzten Vorbereitungen zum großen Schlag treffen. Das Verbot des Zentralorgans der Nationalsozialisten, des „Völkischen Beobachters“, wird vom „Vorwärts“ als ein Zeichen begrüßt dafür, daß das Reich keineswegs gewillt ist, die Dinge in Bayern so weiter treiben zu lassen, wie bisher. Aber erfreulicherweise wäre es, meint das Blatt, wenn Herr von Löffow aus eigener Initiative eingreifen und Herrn von Rahr in seine Schranken zurückzudrängen würde.

Herr von Rahr hat übrigens die Behauptung, er habe sich selbst als Statthalter

demokratie nicht verdienen, wenn sie nicht Selbstmord verübe, denn schließlich seien „auch Parteien organische Lebewesen“, die „als solche“ den Selbsterhaltungstrieb haben, wie eben jedes Lebewesen, „wenn es nicht verrückt wird“. Gottseidank, daß uns der Herr Anjorge wenigstens das Recht des Selbsterhaltungstriebes zubilligt, wir wären sonst verloren gewesen!

Herr Anjorge läßt uns also doch am Leben, aber er jagt uns gleich, es werde nur ein kümmerliches Dasein werden, denn die — „physische Welle“! Diese von „geborene“ Welle sei mächtig, breite sich in der ganzen Welt aus und heiße: „Abkehr von der internationalen Demokratie, hin zur nationalen Diktatur!“ Und weil die Sozialdemokraten diese neue Heilslehre, die der Welt aufhelfen soll, nicht verstehen wollen, darum seien sie zum Untergang verurteilt. Nun, dem Herrn Anjorge sei gesagt: daß ein großer Teil des deutschen Volkes, behaftet und belastet mit den verblendeten Traditionen der Kriegszeit und des wilhelminischen Zeitalters, aus anergogener Kurzsichtigkeit an der Demokratie irgegend ist, der Vergötterung der Macht und der Verachtung des Rechtes huldigt, das bedurfte nicht erst Herrn Anjorges wissenschaftlicher Beweisführung. Wir haben uns nie verheimlicht, daß jene Schichten, denen nicht Erkenntnis, sondern Raub das Ziel ist und die in Verachtung der breiten Massen des Volkes stets nur gedankenlos die Machtmittel, Verherrlicher des monarchistischen und kapitalistischen Absolutismus waren, sich trotz der Lehren des Krieges, trotz des einmaligen völligen Zusammenbruches ihrer Ideologie und trotz des furchtbaren Elends, das sie durch ihre Politik über das deutsche Volk gebracht haben, auch nicht im mindesten geändert und nichts dazugelernt haben. Daß das deutsche Bürgerium, nachdem es kurze Zeit demokratische Gesinnung ge-

heuchelt hatte, seine antidemokratische Vergangenheit wieder zu seiner Gegenwart macht, ist also nicht erstaunlich und wir wollen es Herrn Anjorge sagen: es ist gut so, es ist erfreulich für uns, daß die Massen fallen und daß das deutsch-nationale Bürgerium selber reinen Tisch macht. Gewiß ist richtig, daß es diesmal dem Hakenkreuzertum gelang, auch proletarische Wähler als Stimmvieh zu mißbrauchen, aber das gelang ihm nicht deshalb, weil sich diese nach halb- und ganzindifferenten Proletarier in die Idee der nationalen Diktatur verliebt hatten, sondern weil die nationalen Machtverhältnisse im Staate es dem deutschen Bürgerium erlaubten, die Demokraten, die Kämpfer für Recht und Freiheit vorzutäuschen! Die nationale Diktatur! Sie selbst wird dafür sorgen, daß man sie als das erkennt, was sie ist: die Mißachtung von Recht und Gerechtigkeit, die Diktatur der nationalen Bourgeoisie, das Streben nach Niedertrachtung aller Gleichberechtigung, die Vernichtung des nationalen Friedens, die Herrschaft der unduldsamsten Reaktion! Das soll das Heil des deutschen Volkes bedeuten? Das soll ihm helfen? Es sei zugegeben, daß bei uns und besonders in Deutschland der Machtbrauch bei vielen jedes politischen Denken betäubt, daß er wie in der Gründerzeit und in der Kriegszeit wieder viele Gewissen betäubt. Aber wenn die Machtpolitik das Gesetz der Völker ist, ist dann nicht auch die Macht- und Gewaltpolitik jedes Volkes gerechtfertigt? Sandstele dann nicht Frankreich weise, als es seine Truppen im Ruhrgebiet einbrechen ließ, ist dieses imperialistische Frankreich nicht nach der eigenen Theorie der deutsch-nationalen Diktaturverherrlicher vollkommen gerechtfertigt, wenn es Deutschland seinen Soldatenstiefel auf den Nacken setzt? Und ist die Forderung der Hakenkreuzler bei uns nach nationaler Diktatur nicht die glänzendste Rechtferti-

gung für die tschechischen Gewalttäter? Die nationale Diktatur, sie herrscht doch schon hier, allerdings ist sie nicht schwarz-weiß-rot, sondern blau-weiß-rot, aber Diktatur bleibt doch Diktatur, und was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein. Warum beklagen sich die Deutschnationalen über diese Diktatur, wenn sie die Diktatur als Ideal preisen? Wie können sie nach Gerechtigkeit und Berechtigung rufen, da sie die Mißachtung dieser Forderungen, die Niederdrückung der anderen zu ihrem eigenen Programm und Ziel gemacht haben? Die tschechischen Chauvinisten und Gewaltpolitiker werden jubeln und sie dürfen Herrn Anjorge wie das gesamte Hakenkreuzertum ihrer Gefolgschaft als Schwurzeugen dafür vorführen, daß es das deutsche Bürgerium, wenn es wieder herrschend würde, nicht anders triebe, als sie selbst. So wirken die Hakenkreuzler für ihr Volk und für die Herstellung seiner nationalen Freiheit!

Das ist die „physische Welle“, von der sich Herr Anjorge Einwirkung wenigstens auf einen Teil des deutschen Proletariats erhofft! „Wellen“ aber kommen und zerrinnen und diese wird es noch früher tun, als alle anderen. Die Erkenntnis wird nicht lange auf sich warten lassen, daß nicht der verbrecherisch-frivole Machtbrauch der Hakenkreuzler zum Ziele führen kann, sondern nur der Kampf um die demokratische Gerechtigkeit und das Streben nach nationalem Frieden auf der Grundlage einer Verständigung der Völker. Den Glauben an die lange Dauer der heutigen „physischen Welle“ scheint übrigens auch Herr Anjorge nicht zu haben, denn er rät dem deutschen Bürgerium, um den Erfolg der Gemeindevahlen festzuhalten, sozial zu werden! Er könnte ebenso gut den Wassern gebieten, sie mögen bergauf fließen. Doch darüber soll noch gesprochen werden.



Der König von Bayern bezeichnet, in sehr eigentümlicher Weise demontiert. Er wachte nämlich dagegen nichts anderes zu sagen, als daß er keine Zeit habe, sich mit derartigen Presse-Meinungen zu befassen. Das sieht doch einem Zugeständnis sehr ähnlich und es ist bezeichnend, wenn das Mißtrauen gegen die Persönlichkeit des Herrn von Kahr in den republikanischen Kreisen ständig zunimmt.

### Diffator Gehler.

#### Der „Völkische Beobachter“ verboten. — Plünderungen in Freiburg.

Berlin, 29. September. (Tsch. P. A.) Einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ erklärte der Reichswehrminister Dr. Gehler, daß er nicht zögern werde, seine Nachmittel gegen alle Anarchisten von Rechts und Links rückstichlos und ohne Ansehen der Person einzusetzen.

Während der letzten Tage sind in Berlin vielfach Trupps jugendlicher Personen aufgetaucht, die sich der Reichswehr zur Verfügung zu stellen beabsichtigen. Der Polizeipräsident von Berlin hat, da die Anwerbung von Freiwilligen verboten ist, Beamten der Schutzpolizei angewiesen, sofort einzuschreiten und alle Teilnehmer festzunehmen.

Der Reichswehrminister hat das Zentralorgan der Nationalsozialisten, den in München erscheinenden „Völkischen Beobachter“ für das ganze Reich verboten.

Wie die Blätter aus Freiburg i. S. melden, durchzogen gestern meist jugendliche Erwerbslose die Stadt. Abends kam es wiederholt zu Plünderungen von Lebensmittelgeschäften. Reichswehrabteilungen säuberten die Stadt. Es wurden verschiedene Verhaftungen vorgenommen.

„Laut Vorwärts“ hat die Steuerkommission des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes dem Reichsfinanzministerium Richtlinien und Vorschläge für eine allgemeine Finanzreform unterbreitet. Es wird darin als Vorbereitung für die Schaffung einer wirklichen Goldwährung das Gleichgewicht des Haushaltes bezeichnet. Ohne Eingriffe in die Substanz der Wirtschaft sei jedoch an eine Gesundung der Finanzen nicht zu denken. Die Steuerkommission fordert daher die unmittelbare Beteiligung des Reiches an den Erträgen der Volkswirtschaft.

Die deutschnationale Volkspartei richtet einen Aufruf an das deutsche Volk, in dem der Marxismus beschuldigt wird, die deutsche Wirtschaft zu ruinieren zu haben. Der Reichsregierung und den Koalitionsparteien wird vorgeworfen, mehr auf den Feind zu vertrauen als auf die eigene Kraft und das deutsche Volk dem Elend neuer Kapitulationen entgegenzuführen. Der Aufruf schließt, daß die Deutschnationalen niemals neue Vernichtungsverträge anerkennen werden und bezeichnet den Tag als nicht mehr ferne, an dem die Stunde der nationalen Regierung gekommen sei.

### Stare Bereitschaft! Kaltblütige Besonnenheit!

Berlin, 29. September. (Eigener Bericht.) Die leitenden Körperschaften der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften in Sachsen haben heute zu der politischen Situation Stellung genommen und in einer Entschließung festgestellt, daß der Ausnahmezustand über das Reich für Sachsen einen besonderen Ausnahmezustand geschaffen habe. Während Preußen einen Zivilkommunalarbeit erhalten habe, sei ein solcher für den Freistaat Sachsen nicht zuzulassen. Die sächsischen Zivilbehörden seien ausgeschaltet und unter das militärische Kommando gestellt worden; es lägen Anzeichen dafür vor, daß sich die Militär Gewalt in Sachsen allein gegen jenen Teil des Proletariates richte, der es bisher als höchste Aufgabe betrachtet habe, die Republik zu schützen. Die Parteiführer erklären mit Entschiedenheit, daß der Ausnahmezustand, der gar nicht notwendig war, sich nicht zu einem Sonderausnahms-

zustand gegen das sächsische Proletariat auszuweiten darf. Die Parteigenossen sollten sich nicht provozieren lassen, denn nichts käme den Reaktionären gelegen. Die Stunde erfordere von jedem Sozialisten klare Bereitschaft und kaltblütige Besonnenheit.

### Mit der Rheinischen Republik ist es nicht!

Berlin, 29. September. (Tsch. P. A.) Die Blätter berichten nach der „Rheinischen Volkswacht“ aus Köln, daß die von den Sonderbundlern am Sonntag in Düsseldorf geplante Ausrufung der Rheinischen Republik wohl unterbleiben wird. Es sollten 70 Regierte mit 200.000 Menschen ankommen. Nach zuverlässigen Nachrichten fällt die Geschichte ins Wasser. Vorgesetzten wurden auf Veranlassung der französischen Behörden die Plakate für Sonntag schwarz gestrichen. Die Franzosen sollen jede direkte und indirekte Mitwirkung abgelehnt haben. Auch Meers sagte seine Teilnahme ab. Die Kommunisten belegen alle großen Säle Düsseldorfs, so daß den Separatisten auch der Versammlungsraum fehlen dürfte.

### Das Votum der Bergarbeiter.

Die Hoffnung, die in den letzten Tagen belebt wurde, daß der große Streik der Bergarbeiter aller Reviere ein Ende finden wird, ist abermals an der Goldstarrigkeit der Unternehmer und an der offensichtlichen Kaltblütigkeit der Regierung gescheitert. Die Reichskonferenz der Bergarbeiter, die am Freitag getagt hat, hat den vorliegenden sogenannten Vermittlungsvorschlag einstimmig abgelehnt.

In den letzten Jahren hat es die Öffentlichkeit und insbesondere die gesamte Arbeitererschaft wahrnehmen können, daß die Bergarbeiter erfahrene und besonnene Gewerkschafter sind und daß sie alle Kämpfe mit jener leidenschaftslosen Beharrlichkeit führen, welche die beste Kampfeswaffe des gewerkschaftlich organisierten Arbeiters ist. Wenn die Vertrauensmänner der Bergarbeiter also einen ausgekauften Vermittlungsvorschlag einstimmig ablehnen, so müssen die Gründe hierfür in der Tat schwerwiegend sein.

Vor allem muß ein Irrtum, der in der Öffentlichkeit entstanden ist, richtiggestellt werden. Es hat sich in dem der Reichskonferenz folgenden Vorschlag nicht um einen Antrag der Regierung gehandelt, sondern um einen Vorschlag von Leuten, die an dem Streik nicht unmittelbar beteiligt sind und die sich um eine Beendigung des Kampfes bemüht haben. Die Hauptursache der Ablehnung liegt, wie aus dem Kommuniqué der Reichskonferenz ersichtlich ist, in der zweiten Stufe des Lohnabbaues, der am 1. Jänner zu erfolgen hätte. Es ist ganz und gar unmöglich, daß die Bergarbeiter einem Lohnabbau für einen Zeitpunkt zustimmen, für welchen der Stand der Warenpreise ganz unbekannt ist. Es kann sehr leicht geschehen, daß die Warenpreise am 1. Jänner höher sind als heute und diese Steigerung würde für die Bergarbeiter, wenn der Vermittlungsvorschlag angenommen worden wäre, mit einer Senkung ihrer Löhne, also mit einer noch größeren Senkung ihrer Lebenshaltung begleitet sein. Und wenn diejenigen, welche hinter dem Vorschlag stehen, etwa glauben sollten, daß die zweite Stufe des Lohnabbaues mit vermehrter Beschäftigung und daher mit einem absolut höheren Einkommen der Bergarbeiter verbunden wäre, so ist dies eine Behauptung, für die vorläufig jeder Beweis fehlt. Auf das Versprechen einer größeren Schichtzahl in der Woche und damit größerem Einkommen kann sich die Bergarbeitererschaft nicht einlassen. Der Vermittlungsvorschlag beruht daher auf Voraussetzungen, die gar nicht eintreten müssen, er steht nicht auf dem Boden der Wirklichkeit, sondern auf der Grundlage ganz willkürlicher Annahmen und Hypothesen. Dagegen ist

die steigende Teuerung gerade in den Bergbaugebieten eine nicht wegzuleugnende Tatsache. Während in Prag in der letzten Zeit die Fleischpreise gesunken sind, sind sie in den Wohngebieten der Bergarbeiter im Ansteigen begriffen. In Prag kostet ein Kilogramm Schweinefleisch heute ungefähr 17 bis 18 Kronen, in Zestabil jedoch, einem Mittelpunkt des nordböhmischen Braunkohlenbergbaus, 24 bis 25 Kronen. Wenn jemand von Zestabil nach Prag fährt und fünf Kilogramm Speck kauft, hat er die Fahrt bezahlt. Eine solche Anarchie herrscht auf den Warenmärkten in Nordwestböhmen! In den Industriedörfern des Hallertauer Reviers sind die Preise der Lebensmittel höher als im Weltkurort Karlsbad. So sieht es also für die Bergarbeiter mit dem Abbau der Lebensmittelpreise in Wirklichkeit aus!

Die Unmöglichkeit der Annahme des Vermittlungsvorschlages wollen wir noch an den Beispielen zweier Reviere darinnen: für das Straauer Revier beträgt die zweite Gruppe des Lohnabbaues fünf Prozent, falls der Arbeiterchaft volle Wochenbeschäftigung garantiert wird, ohne diese Garantie jedoch vier Prozent. Wenn also die Arbeiterchaft nicht volle sechs Schichten verfährt, sondern nur etwa vier, ihr tatsächlicher Lohn daher zwei Drittel des Lohnes bei voller Beschäftigung beträgt, so ist der Lohnabbau nur um ein Prozent geringer. Eine solche Propositio n mußte auf die Arbeiterchaft geradezu wie ein Schlag ins Gesicht wirken. — Auf gleicher Stufe steht das Andor an die Arbeiter des Rostitzer Revieres, wo der Durchschnittslohn viel geringer ist als in den anderen Revieren (30 Kr., so daß ein Arbeiter wöchentlich bei voller Beschäftigung höchstens 180 Kr verdienen kann), wo an die Arbeiter sogenannte Unterförderungsabzüge macht, und dem soll der gleiche Lohnabbau gelten wie anderswo. An diesen Beispielen ist zu erkennen, daß es sich bei der Ablehnung des freilichigen Vorschlages nicht etwa um eine Rechthaberei der Arbeitervertreter handelt, sondern daß die Vertrauensmänner tatsächlich nicht in der Lage sind, einem solchen Angriff auf die Existenz der Bergarbeiter zuzustimmen.

Das Votum der Reichskonferenz wird hauptsächlich der Regierung zeigen, daß sie auf falschem Wege ist: Sie hat vier Wochen zunächst die Hände in den Schoß gelegt und ihre „Vermittlung“ beschränkt sich auf das Zuhalten. Am 5. September nahm die Regierung endlich einen Anlauf und unterbreitete den streikenden Teilen — ein paar Papierbogen mit allerlei Ziffern, die die Grundlage zu einer Vermittlung abgeben sollten. Zur Charakteristik der Seriosität dieser Ziffern sei nur angeführt, daß unter diesen Zahlen die Gestehungskosten der auf den staatlichen Lager geförderten Kohle nicht angeführt waren. Kein Wunder, wenn dieses Material die Verhandlungen nicht um einen Schritt weiterbrachte, nachdem Tag und Nacht beraten wurde und die Unterhändler buchstäblich aus den Kleidern nicht herauskamen. In diese Verhandlungen plötzte nun plötzlich der Ministerpräsident mit einem Vorschlag, den Lohnabbau für Ostro in zwei Stappen vornehmen zu lassen (zehn und fünf Prozent), wobei der Ministerpräsident sich nicht der Zustimmung der streikenden Teile vorher versichert hatte und von den anderen Revieren überhaupt nichts sprach. Schließlich kam von privater Seite der letzte Vorschlag, der der freilichigen Reichskonferenz vorlag, der auf die tatsächlichen Verhältnisse in den einzelnen Revieren seine Rücksicht nahm, ein auf Schätzungen und Mutmaßungen aufgebautes Kartenhaus, welches auch sofort zusammenbrechen mußte.

Es ist also für jedermann ersichtlich, daß die Arbeiterchaft keine Schuld trifft, wenn der Kampf weitergeht. Der Kampf im Bergbau ist von dem Industriekriegsverband, insbesondere von dessen Generalsekretär Dr. Hobak, provoziert worden und die Allgemeinheit kann sich bei diesem Herrn für alle Folgen des Streiks bedanken. Die Industriekreise können eine Bilanz aufstellen, was ihnen die Tätigkeit ihres Sekretärs eingetragen hat. Aber auch der Staat erleidet einen gewaltigen Schaden aus dem Kampf. Der Staat trägt schon heute einethalb Milliarden tschechoslowakische Kronen und die Staatsgrubenverwal-

tung büßt jeden Tag etwa 300.000 Kronen ein. In der nächsten Woche werden die Folgen des Streiks naturgemäß noch stärker hervortreten, noch mehr Industriebetriebe werden der Stilllegung verfallen.

Die Bergarbeiter, denen der Kampf gewaltige Opfer auferlegt, führen ihn mit einem bewunderungswürdigen Heroismus. Möge die bürgerliche Welt daran erkennen, wie stark der Idealismus unter der Arbeiterchaft ist und wie die Arbeiter ihrer Organisation die Treue wahren! Die Bergarbeiter werden den Kampf geschlossen weiterführen, in allen Revieren ist der Wille, in dem von den Grubenbaronen provozierten Streife auszuharren, unbegreiflich. Aber auch die Arbeiterchaft aller anderen Berufe hat Grund, diesen Kampf aufmerksam zu verfolgen, denn der Schlag der Unternehmer gilt nicht nur den Bergarbeitern. Die Frage der finanziellen Unterstützung der Bergarbeiter tritt nunmehr in den Vordergrund und die in jahrzehntelangen Kämpfen erprobte Solidarität der Arbeiter wird abermals im besten Lichte erstrahlen. Die drei bestehenden Gewerkschaften haben in der vergangenen Woche mehrfache Beratungen abgehalten und werden alles tun, um die Bergarbeiter in ihrem Kampfe zu unterstützen. Und diese Unterstützung wird getragen sein von der freudigen Zustimmung der gesamten Arbeiterchaft der Tschechoslowakei. Haben die Grubenbesitzer den Wunsch, den Kampf weiter fortzuführen, dann werden sie in der nächsten Zeit nicht nur die Bergarbeiter, sondern die Gesamtheit aller arbeitenden Menschen ohne Unterschied der politischen und nationalen Zugehörigkeit gegen sich sehen. Das möge auch die Regierung bedenken, die noch lange nicht alle ihr zur Verfügung stehenden Nachmittel gegenüber den Unternehmern zur Anwendung gebracht hat.

### Inland.

#### Der gefährlichste Feind.

Als gefährlichster Feind erscheinen den tschechischen Nationalisten nicht ihre deutschen Geistesverwandten, sondern die deutschen Sozialdemokraten. Die Nationalisten haben und drängen einander liebevolles Verständnis entgegen; wissen sie doch, daß sie politisch voneinander abhängig sind, daß der eine Nationalismus ohne den anderen nicht denkbar ist. Das erklärt es zur Genüge, warum die Tschechischen tschechischen Nationaldemokraten ihre Angriffe nicht gegen die Deutschbürgerlichen richten, sondern ausschließlich gegen die deutschen Sozialdemokraten, wobei sie ihre „Argumente“ von deutschbürgerlicher Seite beziehen. Es war wirklich ein Symbol, daß in Tschechien ein tschechischnationaldemokratischer Kandidat die Kandidatenliste der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ des Herrn Dr. Karl Heinrich Stradal, des fanatischsten Hassers und Bekämpfers der Tschechischen Sozialdemokraten, unterzeichnet hatte. Denn alles, was Dr. Stradal gegen die Tschechischen sozialdemokratischen Gemeindevertreter an Aufträgen zu erheben wußte, das steht in einem Aufsatze der Prager „Narodni Demokracie“ vom 25. September wieder: daß die deutschen Sozialdemokraten, die als stärkste Partei die Führung im Tschechischen Nationalismus an sich gerissen hatten, den Verfall der Gemeindeführung herbeigeführt haben, daß die Sozialdemokraten die Schuld tragen an der Höhe der Umlagen und an den Schulden der Stadt. Das von den Bürgerlichen gebrauchte Wort von der „Verelendung der Gemeindefinanzen“ wurde von den tschechischen Nationaldemokraten freudig aufgegriffen und ergänzt durch die Behauptung, daß „die Hauptursache dieses Verfalles der Ausdehnungstrieb der sozialdemokratischen Aliquie mit dem Richter Wahle an der Spitze“ sei. Wie sich dieser „Ausdehnungstrieb“ äußert, wird freilich verschwiegen. Der tschechische Minoritätenführer, der diese Worte schrieb, wußte kaum zu sagen, was er mit ihnen meint. Denn daß Wohnhäuser gebaut wurden und nach der Vernichtung des Stadttheaters auch an einen Theaterneubau geschritten wurde, — welche Bauten natürlich die Stadt schwer belasteten —, das kann doch wahrlich nicht „sozialdemokratischer Ausbreitungsdrang“ sein!

### Gottfried Keller und der fremde Student.

Eine Anekdote von Karl Densell.

Gottfried Keller, berühmter Dichter und Alt-Zaatschreiber von Zürich, sah, wie allabendlich gewohnt, in geräumigen „Pflaun“, nahe seinem schweizerischen Jünglingsheim am Höttinger Felsenweg, und trank mit beschaulichem Verhalten ganz langsam sein wohlverdientes Schöpplein Roten, unauffällig angesehen, als ein echt bürgerlicher schweizerischer Gast und Homerus inmitten seiner frohmütig-grillig gemischten Schöpplein. Sein großes Sinnier- und Fabulierhaupt mit der stark ausladenden Stirn nur wenig vorgeneigt, in der linken Hand die brennende Zigarre, die rechte leicht zur Faust geballt, lagte der unterste Mann unter der Brille durch mit bedächtigem Ernst vor sich nieder und schweigend anhaltend bedeutsam in seinen abgründigen Volllart hinein.

Wie energisch zurückgelehntem Oberkörper überragte ihn gegenüber am selben Tisch in strammer Haltung sein hochansehnlicher Vafeler Landsmann und loyalsager Dichterkollege von der malenden Fakultät — seiner eigenen Jugendliebe — Arnold Böcklin.

streichende Schmirrebart zeugten, wie wohl heute zur ausgeglichener Ueberlegenheit gemildert, von rauhem Künstlerkampf und Schicksalssagen stürmisch heftiger Jahre. Böcklin schaute klar und gerade vor sich aus, wie auf ein fernes Ziel innendängiger Vorstellung, nicht getrübt durch weltfremde Schwärmerie, nur durch seelische Sammlung weltunbeirrt, schaute und schwieg, des heimlichen Zichverstecken mit dem bewährten Freunde und Trinkgenossen hieher, in den allmählich immer dunstiger werdenden, gefüllten Wirtschaftsjahr hinein.

Da plätschte plötzlich vom Nebentisch, dem Keller seinen episch breiten Rücken zuehrte, eine dramatische Lärmkombe prasselnd in die Luft. „Laßt mich gefälligst mit diesem hochtrabend langweiligen Schiller in Ruh!“ riefte mit greller Stimme ein geschneigetes, junges Herrchen und, wie sich nachher herausstellte, frischgebadeenes Studentenlein beider Rechte, dessen Stirn freilich mehr auf kantige Sinnedenge als auf launische Geistesweite schielte, während der ausgiebige Mund sein Wort geräuschvoll verrichtete und vor allem eine unsagbar abschätzig Mundsalbe dem ausgeblähten Gesicht den Stempel hemmungsloser Arroganz aufprägte.

„Das war doch der größte rhetorische Phrasenheld, der sich denken läßt, ein moralisierender, theatralischer Fansarenbläser, nichts weiter, ein bombastischer Stenzengänger und Marquis Posa mühselig hochgepumpter Redensarten, ein selbst-

verkaufter Volkentumsdäseimer, der mit seinem ausgeblähten Jambuswulst und seiner pathetischen Sentimentalität, mit seinem windigen kosmopolitischen Humanitätsduffel den kraftvoll und zielbewußt realistischen Sinn der deutschen Jugend auf mindestens ein Jahrhundert verpöchtelt und verdorben hat. . . . Ja habe gerade heute zum „Schwarzen Kaffee“ eine wirklich erstklassige, epochemachende Prosa über das Gesehene, einfach katastrophal vernichtend für euren Idealgötze, vom konsequent naturalistischen Standpunkt aus. . . .“; es zischte, spritzte und sprudelte der pausbäckigen Burschlein nur so heraus, daß seine Kameraden im Vortageplänkel ihm gänzlich den Lauf lassen mußten und sich betreten ob der lauten Generalverdammung des karikierten Genies am Ragen zuposten, wobei sie rings verlegene Blicke umherirren ließen.

Meister Gottfried, der während des frechgewaltigen Geredes sich nur einmal, allerdings ziemlich verdächtig, nach dem Sprecher umgedreht hatte, tat noch einen letzten Zug, brumnte zu Böcklin: „Sei so gut!“ und legte den Zigarettenrest auf den nähergehobenen Aschenbecher behutsam ab. Auf einmal schoß ihm eine Blutwelle zu Kopf, rot wie der Seewein, die Jornesader schwoll: „So'n Scheißjunge habe!“ Er zerkrümte mit der Rechten sein Taschentuch und steckte es heftig in die hintere Rocktasche. Böcklin murmelte, gelassen bremsend, leichthin: „Laß den Bengel!“ Doch schon war der „gefätsche“, an-

nahende Siebziger wie ein Jüngling emporgeschleudert, ruckte auf seinen kurzen Beinen mit dräuendem Schicksalstempo wutbeidend auf den Nebenstisch los und verbeißte mit dem lakonischen Begleiterspruch: „Chrfurcht, Mühsöh!“ dem rosig winkenden Böcklin des Schillerzerfchmetterers einen fastigen Streich von klatschender, klassisch-naturalistischer Wahrheit und Lebensgewalt.

Schlunzig und schen, selbst ohne zu zahlen, wie ein schmählich gezüchteter armer Sunder und unfreiwilliger Zerschreier, drückte sich der zukünftige Anwalt der Gerechtigkeit lautlos seitwärts zur Nebentüre hinaus.

Gottfried Keller aber, ohne sich irgend umzusehen, kehrte von seinem handgreiflichen dichterpädagogischen Streifzuge zu seinem Tische zurück und pflanzte sich mit idyllischer Gemächlichkeit auf seinen warmen Platz, wo 'jon ein neues Schöpplein des wieder völlig beruhigten, trinkfesten Altemeisters herzenskühniger und weltweiser Erzählungskunst harrte. Böcklin nickte bloß bestätigend: „Gut so!“ Die Höttinger Schichten stecken, den jüngsten „Streich“ ihres eigenläunigen Ehrentragers einen Augenblick neugierig beschauend, die Köpfe enger zusammen, und ein „hierorts“ unbekannter, gründensamer Dichterstudent lagte in der Ecke verständnisvoll beifällig in sich hinein, woyu er ein Glas bräunlich nussfarbenen, aber prickelnd süßen „Saufers im Stadium“ stillvergüügt hinunterschürfte.



# Die erneuerte Entente.

Das Teplitz-Schönau finanziell schwer leidet, ist kein Geheimnis, aber dieses Schicksal trifft es mit so ziemlich allen Gemeinden, auch mit denen, die von starken bürgerlichen Mehrheiten verwaltet wurden, auch mit den tschechischen Gemeinden! Ebenso wenig aber ist es ein Geheimnis, daß die Hauptursache dieser Finanznot die ist, daß der Staat den Gemeinden die Möglichkeit, sich neue Steuerquellen zu erschließen, beharrlich verweigert. Statt erfinden ist natürlich die Behauptung der „Marxist Demokratie“, für die Qualifikation der Gemeindeangestellten sei in erster Linie die politische Legitimation maßgebend, die unbedeutenden Beamten würden rücksichtslos in Pension gegeben, wodurch die Gemeinde zweifels Hunderttausende verliere. Kein einziger Beamter wurde wegen seiner politischen Gesinnung pensioniert, kein einziger sozialdemokratischer Beamter wurde angestellt. Und daß die Sozialdemokraten etwa Wert legen auf gute deutsch-nationale Gesinnung der Beamten, vermerkt man bei einem nicht-sozialistischen Beamtenkörper allein die „politische Legitimation“ verstanden werden könnte, wird selbst der verständigste tschechische Nationalist nicht zu behaupten vermögen. Würdig schließt sich diesem Argument das folgende an: „Ungeheure Beiträge verschlang auch die Notbauten von Wohnhäusern, welche sicher entschuldigt werden würden, wenn die Gemeinde auf der anderen Seite nicht Hunderte und Hunderte Fremder, die unserer Republik feindlich gesinnt sind, dulden und ihnen Wohnung verschaffen würden.“ — Ob Bewohner der Stadt „der Republik feindlich gesinnt“ sind, das vermag die Teplitz Stadtverwaltung den Leuten ebenso wenig an der Nase anzusehen, wie etwa der Prager Magistrat, der gewiß gut tschechisch-national ist. Wohnungskonten und Wohnungsbeschaffung von der Gesinnung der Wohnungsbedürftigen abhängig zu machen, — dazu gehört allerdings eine Seelengröße, deren vielleicht tschechische Nationaldemokraten, nicht aber deutsche Sozialdemokraten fähig sind. Könnte es auf die tschechischen Nationaldemokraten an, die in jedem, der nicht von Berufs wegen ein tschechischer Nationalist ist, einen Feind der Republik sehen, — dann würden wohl nur noch tschechisch-nationale Wohnungen bekommen, und damit würde freilich die Wohnungsnot billiger gelöst als durch den Bau von Wohnhäusern. Wohnungshuchende Deutsche könnte man ja einladen, sich jenseits der Grenze ein Heim zu suchen. — Was aber in Wahrheit Wut und Zorn der tschechischen Nationaldemokraten entfesselt, das zeigen die Schlüsselsätze des Artikels in der „Marxist Demokratie“: „Die Hauptursache der Finanznot der Gemeinde ist und bleibt für lange Jahrzehnte der Bau des tschechischen Theaters.“ Auf den Bau des neuen Theaters, welches Symbol der deutschen Kultur aus dem gebrochenen Deutschböhmern sein sollte, fallen anstatt 14 Millionen schon 22 Millionen Kronen, so daß jeder Steuerträger jährlich 100 Prozent Zuschläge nur für das Theater zahlen wird.“ — Daß das Theater Symbol der deutschen Kultur ist, das tragen die tschechischen Nationalisten so schwer! Daß die deutschen Sozialdemokraten „mischuldig“ sind an der Zerschlagung dieses Symbols deutscher Kultur, — das freiden sie ihnen als Hauptverbrechen an! Dabei treffen sie sich allerdings auf einer Linie mit dem deutschen Bürgertum, das für deutsche Kultur nur Sympathien aufzubringen vermag, wenn sie nichts kostet, andernfalls aber gern auf die nationale Kultur und ihre Symbole verzichtet.

**Die Protokolle mit der Wahlstatistik.** Von einigen Stellen, die der Regierung nahesteht, wurde nach den Wahlen angezeigt, daß eine vollständige Wahlstatistik am 21. September veröffentlicht werden würde. Seit diesem Datum ist schon einige Zeit verfloßen und das Ministerium des Innern rührt sich nicht. Der ganze Wahlvorgang vollzieht sich diesmal in heimlicher Weise. Die Bezirkskommissionen erhalten Befehle, niemandem die Ergebnisse aus dem Bezirk mitzuteilen, sondern sie lediglich an das Innenministerium in Prag zu senden. Sogar die politischen Landesverwaltungen wurden umgangen. Die Heimlichkeiten der Regierung mit der Wahlstatistik sind mehr als verdächtig.

**Senator Stojan gestorben.** In Linz ist gestern nachmittags der Älteste der tschechischen Abgeordneten, Erzbischof von Olmütz Dr. Stojan, eine bekannt politische Persönlichkeit, gehörte jahrelang dem alten österreichischen Abgeordnetenhaus an und war später in Prag Mitglied der revolutionären Nationalversammlung; bei den ersten Parlamentswahlen im tschechischen Staate wurde er zum Senator gewählt. Mit ihm ist ein Politiker, dem auch der Wiener Achtung nicht verjagen kann, aus dem Leben geschieden.

**Auflösung der Landesstellen der Allgemeinen Pensionsanstalt?** Wie mit Bestimmtheit verlautet, bezieht die Absicht, die Vorstände der Landesstellen der Pensionsanstalt aufzulösen und an deren Stelle Verwaltungskommissionen zu ernennen, wie dies bereits vor kurzem mit der Landesstelle Troppau geschehen ist. Sollten sich diese umlaufenden Gerüchte bewahrheiten, so muß auch diese Absicht Einspruch erhoben werden, denn es bedeutet einen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der vereinigten Angehörigen, wenn man ihre aus freier Wahl hervorgegangenen Vertretungskörper auflöst und sie durch ernannte Verwaltungskörper ersetzt. So wenig die bisherige Zusammensetzung der Vertreter der Angehörigen in den Landesstellen unseren Wünschen entspricht, erscheint es uns doch im höchsten Widerstreit mit jeder Demokratie, die in diesem Staate doch die stehende Münze bilden soll, daß man davor das

London, 29. September. (N. N.) Schatzkanzler Neville Chamberlain hielt gestern in Birmingham eine Rede. Er sagte u. a.: Es besteht kein Unterschied zwischen der Absicht Frankreichs und den Absichten Großbritanniens. Beide Länder wünschen, daß die Deutschland durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen erfüllt werden. Großbritannien und Frankreich gingen einig in der Frage auseinander, in welcher Weise am besten und praktischsten die Reparationen erreicht werden können. Chamberlain bezeichnet als Ergebnis der Pariser Beratungen vor allem die Wiederherstellung des persönlichen Vertrauens zwischen den zwei Hauptrepräsentanten der Staaten, das durch so lange Zeit entbehrt wurde, was der Grund vieler Mißverständnisse und Unstimmigkeiten war. Großbritannien nimmt die Geltung Frankreichs zur Kenntnis, daß durch den Einzug in das Ruhrgebiet Frankreich niemals beabsichtigte, Deutschland zu zerstören oder zu zerstören, sondern daß es sich ihm einzig und allein darum handelte, die Bezahlung der gerechten Forderungen zu sichern. Frankreich weiß gut, daß wir besonders bezogen verschiedene Wege gingen, weil wir wünschten, rasch die Situation zu beenden, die bewirkte, daß die Aussichten auf Erreichung von Reparationen und auf die Wiederherstellung des britischen Handels rasch geschwunden sind. Dadurch, daß es Baldwin gelang, vollkommen diese Atmosphäre zu ändern und in Frankreich die Freundschaft und das Vertrauen gegenüber Großbritannien zu erwecken, gelang es ihm, eine Lage vorzubereiten, in der es möglich sein wird, wiederum die ganze Frage gemeinsam mit Frankreich in Angriff zu nehmen und schließlich auch glücklich durch eine gemeinsame Politik zu lösen, sobald der passive Widerstand Deutschlands beendet sein wird.

Man braucht nicht daran zu erinnern, schloß Chamberlain, daß die Aussichten auf irgendwelchen Erfolg sehr trübe sind, solange wir über diese Frage nicht in Harmonie mit Frankreich handeln können.

## Ein englischer Reparationsplan.

London, 28. September. (D. A. S.) Einer Meldung des „Manchester Guardian“ zufolge, verlange Großbritannien weds Erledigung der Reparationsfrage, Frankreich möge zustimmen, daß sich die Alliierten bezüglich der Räumung des deutschen Gebietes einigen, welches außerhalb der durch den Friedensvertrag bestimmten Grenzen durchgeführt wurde, sobald sich gewisse von einer unparteiischen Kommission festgesetzte wirtschaftliche Garantien wirksam erweisen, und daß weiterhin unterzüglich Maßnahmen weds Wiederherstellung der Zivilverwaltung im Ruhrgebiete durch Abberufung der Okkupationstruppen getroffen werden.

## Das Sachlieferungsverbot aufgehoben!

Berlin, 29. September. (Eigener Bericht.) In einer hier bekanntgewordenen Sabasnote hieß es, daß Ministerpräsident Poincaré die Aufhebung der Verordnung vom 13. Jänner, durch

welche den Deutschen im Ruhrgebiet die weitere Vornahme von Sachlieferungen an die Alliierten verboten wurde, verlangt habe. Gleichzeitig mit dem Bekanntwerden des Sabastelegrammes meldet Wolff, daß der Reichsminister für Wiederaufbau am gestrigen Tage die Bekanntmachung vom 13. Jänner 1923 über Einstellung der Reparationsleistungen im Freiverkehr an Frankreich und Belgien aufgehoben hat. Auch der Reichspostminister und der Reichsverkehrsminister haben die den Abwechslung an der Ruhr betreffenden Anordnungen widerrufen.

**Die „Marxist Ditty“ greifen in ihrer Absicht, den Kampf der Bergarbeiter zu diskreditieren, schon zu den allerdingmitten Mitteln. Der Kampf der Bergarbeiter, so schrieben sie vor einigen Tagen, und insbesondere der Abgeordnete Vohl, verfolgen nationaldemokratische Ziele, wofür der beste Beweis sei, daß ein Hausbesitzerverein und die deutsche Gewerkschaft Sympathiebekundungen für die im Streik befindlichen Bergarbeiter beschlossen haben. Das letztere ist nun tatsächlich geschehen und zwar vom deutschen Hausbesitzerverein sowie von der Ortsgruppe der Gewerkschaft in Graupen bei Teplitz-Schönau, dessen Bevölkerung sich zumindestens um 60 Prozent Bergarbeitern und deren Angehörigen zusammensetzt und wo naturgemäß auch die Gewerkschaften ein Interesse haben, daß der Streik bald zu Ende geht. Das ist der Anlaß für das handlungsreiche Blatt der tschechischen Bourgeoisie, eine nationale Hege gegen die Bergarbeiter zu entfesseln.**

**Slowakische.** In einem Bericht aus der Slowakei sagt „Glaslo Slov“, daß die slowakische Volkspartei in der Slowakei den heiligen Krieg proklamiert hätten. Es sei dies nicht eine leere Drohung, denn wie sich zeigt, haben die Volksparteiler den heiligen Krieg in Wirklichkeit bereits eröffnet. Die ganze Slowakei sei durch Obwärtigkeit der Volksparteiler bedroht, es werde mit dem Erschlagen der Tschechen gedroht, die Geistlichkeit habe in flammenden Worten zum Krieg gegen die ungläubigen Tschechen, in Ahasan sei nachts gegen die Eisenbahnstation ein Gewehrschuss erschallt worden, weiter sei verhängt worden, einen nach Kolbau fahrenden Personenzug zum Entgleisen zu bringen. Das Blatt, das alle diese Angaben der ihm zugekommenen Berichte als Tat-

welche den Deutschen im Ruhrgebiet die weitere Vornahme von Sachlieferungen an die Alliierten verboten wurde, verlangt habe. Gleichzeitig mit dem Bekanntwerden des Sabastelegrammes meldet Wolff, daß der Reichsminister für Wiederaufbau am gestrigen Tage die Bekanntmachung vom 13. Jänner 1923 über Einstellung der Reparationsleistungen im Freiverkehr an Frankreich und Belgien aufgehoben hat. Auch der Reichspostminister und der Reichsverkehrsminister haben die den Abwechslung an der Ruhr betreffenden Anordnungen widerrufen.

## Beneš im Völkerbundrat.

Vern, 29. September. (Schweiz, Dep. Ag.) Die mit so großer Spannung erwarteten Verhandlungen der sechs nichtständigen Mitglieder des Völkerbundes ergaben folgende Resultate: An der Abstimmung beteiligten sich 16 Staaten, abgesehen Mehrheit, 24 Stimmen, erhielten: Uruguay 40, Brasilien 34, Belgien 32, Schweden 31, Spanien 20, Tschechoslowakei 20. Diese sechs Länder werden nun je einen Vertreter in den Rat abordnen. Weitere Stimmen erhielten: Portugal 19, Polen 17, Persien 14, China 10, Chile 5, Schweiz 3, Indien 2 und verschiedene Länder je eine Stimme. Nicht wiedergewählt ist der chinesische Vertreter, an dessen Stelle Dr. Beneš (Tschechoslowakei) in den Rat eintritt. Branting (Schweden), dessen Stellung durch die Kandidatur Skrimuntz (Polen) etwas gefährdet erschien, wurde behältig. Das Resultat wurde mit großem Beifall aufgenommen.

## Beneš redet.

Genf, 29. September. (Tsch. R. B.) Vornitungs verhandelte die Völkerbundversammlung über die Reduktion der Rüstungen und über das Projekt eines Garantiepaktes als Voraussetzung zur Herabminderung der Rüstungen.

Minister Dr. Beneš hielt eine Rede, in welcher er das Problem der Einschränkung der Rüstungen für das hehrste Ziel bezeichnet, welches sich der Völkerbund zur Aufgabe gestellt hat, für ein um so höheres, und um so schwierigeres Ziel, als es in der Zeit nach dem Weltkrieg, welcher ein unheiliges Erbe nachgelassen hat, in Form von schweren materiellen und moralischen Schwierigkeiten, zur Durchföhrung gelangen soll. Das Problem ist sehr kompliziert und berührt tief das politische und soziale Leben der heutigen Gesellschaft.

Minister Beneš weist darauf hin, wie sich die Frage der Reduktion der Rüstungen, zu deren Lösung der Völkerbund mit Artikel 8 des Statutes gebunden ist, entwickelt hat, und schildert die Arbeit von drei Jahren, welche der Rat und die ständige Kommission geleistet hat. Er bezieht sich in erster Linie mit einer Reihe von Versuchen und kleinen Mitteln, welche dem Völkerbunde die schrittweise Durchführung des General-Abrüstungs-

plans erleichtern sollen. In dieser Richtung verweist er insbesondere auf die Bemühungen nach Einschränkung der Meerestruks, welche in einigen Staaten teilweise zu einem Ziele geführt haben und auf die Berücksichtigung informativer Statistiken über Armeen, welche der Öffentlichkeit erschließen sollen, die militärische Kraft zu kontrollieren und weiter auf die Verträge der Kontrolle der Waffenfabrikation und des Handels mit Waffen, auf Verträge, die die Handelsfreiheit und die Arbeitsfreiheit betreffen und nur durch internationale Konventionen zu lösen sind, schließlich auf das Problem des chemischen Krieges.

Zu weiteren Teile seiner Rede bezieht sich Minister Dr. Beneš mit dem Vertrauensprojekt übergegenseitige Hilfeleistung, in welchem vor allem der Grundgedanke feierlich proklamiert wird, daß ein aggressiver Krieg ein internationales Verbrechen ist.

Am 29. September 1923

Land	Stimmen	Land	Stimmen
Algerien	9	Kenia	12
Brunn	12	Ober-Oberdorf	15
Böhm.-Vorau	12	Bräsen	15
Borotik	15	Bräschowitz	12
Bratelsbrunn	24	Bräschowitz	18
Buden	12	Böhlgen	12
Barzdorf	18	Bräschowitz	15
Debrawod	12	Bräschowitz	15
Diebling	12	Bräschowitz	18
Herbsa	12	Bräschowitz	15
Friedrichsdorf	24	Bräschowitz	18
Grafendorf	24	Bräschowitz	12
Gollzried	12	Bräschowitz	9
Henroff	15	Bräschowitz	12
Hentitz	12	Bräschowitz	12
Hobitzschau	15	Bräschowitz	15
Jedlowitz	12	Bräschowitz	15
Kacharina	15	Bräschowitz	12
Kauscheran	15	Bräschowitz	15
Krottenlee	12	Bräschowitz	15
Křehut	12	Bräschowitz	15
Lindorf	15	Bräschowitz	15
Lumel	12	Bräschowitz	15
Laubendorf	24	Bräschowitz	15
Milau	18	Bräschowitz	15
Möhren	12	Bräschowitz	15
Niederberzdorf	15	Bräschowitz	15

planer erleichtern sollen. In dieser Richtung verweist er insbesondere auf die Bemühungen nach Einschränkung der Meerestruks, welche in einigen Staaten teilweise zu einem Ziele geführt haben und auf die Berücksichtigung informativer Statistiken über Armeen, welche der Öffentlichkeit erschließen sollen, die militärische Kraft zu kontrollieren und weiter auf die Verträge der Kontrolle der Waffenfabrikation und des Handels mit Waffen, auf Verträge, die die Handelsfreiheit und die Arbeitsfreiheit betreffen und nur durch internationale Konventionen zu lösen sind, schließlich auf das Problem des chemischen Krieges.

Zu weiteren Teile seiner Rede bezieht sich Minister Dr. Beneš mit dem Vertrauensprojekt übergegenseitige Hilfeleistung, in welchem vor allem der Grundgedanke feierlich proklamiert wird, daß ein aggressiver Krieg ein internationales Verbrechen ist.

Am Abrüstungsproblem spiegelt sich der Kampf um die großen Ideen des Völkerbundes wider. Es ist dies nicht nur die einfache Frage der Unterdrückung einer bestimmten Menge von Waffen, Munition und militärischen Kräften, aber die Frage, bis zu welchem Maße das Volk auf seine Sicherheit rechnen kann und bis zu welchem Maße es die Gewißheit haben kann, daß es im Konfliktfalle wenigstens die gleiche relative Gerechtigkeit erlangt wie der Bürger bei den Gerichten.

Das ganz Abrüstungsproblem zieht nun zu den folgenden Einwendungen: Wir können nicht abrüsten, weil wir nicht sicher sind, weil wir nicht die Gewißheit haben, daß wir unser Recht erlangen, wenn wir uns nicht an eine gewisse Macht anlehnen. Wir haben kein Vertrauen zu den Nachbarn, die, da sie eine andere moralische Konzeption haben, uns angegreifen könnten. Gebt uns die erforderliche Sicherheit und Garantien und das Abrüstungsproblem wird bewältigt.

Ich bin kein Pessimist. Die Ideen des Völkerbundes tragen eine große Kraft in sich, sie fordern aber von den Menschen, die sie verwirklichen sollen, moralische Qualitäten, Energie und festen Willen. Ich halte dafür, daß die Schwierigkeiten, welche wir überwunden haben, uns zur Entwicklung einer größeren Energie zwingen müssen und daß sie für uns eine wertvolle Erfahrung und eine gute Belehrung sind. Die Frage der Abrüstung müssen wir als einen grundsätzlichen Teil der großen Aufgaben des Völkerbundes und als ihre grundsätzliche Verpflichtung betrachten. Wenn wir auch nicht sofort das Ziel erreicht haben und Kompromisse schließen müssen, seien wir wenigstens überzeugt haben, daß wir uns auch bei Herbeiföhrung realer Verhältnisse an die Ideale halten und Hoffnung in deren Verwirklichung hegen können.

## Bulgarien ist ruhig.

Sofia, 28. September. (Tsch. R. B.) Heute herrscht in ganz Bulgarien Ruhe. Die Militärabteilungen kehren nach Sofia zurück. Die Arbeit in die Werke geistlichen Kommissionen ergehen sich, zum größten Teile mit den Waffen, unter denen sich moderne russische Gewehre, Maschinengewehre und russische Munition befinden.

## Zum Ableben Hanuschs.

Der Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik hat an den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Telegramm geschickt: Die Nachricht vom Hinscheiden unseres Genossen Hanusch, des einflussreichen Vorläufers des tschechoslowakischen Proletariats und Organisators unserer Territarbeiterbewegung, hat uns tief erschüttert. Wir sprechen Euch unsere Genossen, die Ihr einen Eurer besten und edelsten Vertrauensmänner verloren habt, unser innigst geföhlted Beileid aus. — Auch der Klub der Abgeordneten und Senatoren der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat dem Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten und Bundesräte in Wien sein Beileid ausgesprochen.

## Was ist mit der Sozialversicherung?

In den letzten Tagen des Monats Juni wurde im Abgeordnetenhaus die von der Reika auf den Antrag hergerichtete Vorlage betreffend die Versicherung der Arbeitnehmer für den Fall der Krankheit, der Invalidität und des Alters eingebracht. Trotz der Zustimmung aller Parteien, daß der Beratung der Vorlage keine Schwierigkeiten bereitet werden, haben die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im Präsidium des Abgeordnetenhauses die Permanenzklärung des sozialpolitischen Ausschusses angeregt. Diesem Begehren wurde entgegengehalten, daß die Kommission des Abgeordnetenhauses nicht geschlossen werde und daß demnach der Einberufung des sozialpolitischen Ausschusses und der ununterbrochenen Tagung nichts im Wege stehe. Die Einberufung des Ausschusses war auch ursprünglich für den Monat August in Aussicht genommen, man hat aber ohne Angabe von Gründen diesen Termin immer wieder hinausgeschoben, und so stehen wir heute vor der Tatsache, daß in drei Monate parlamentarischer Zeit nicht ein einziges Mal verhandelt worden ist und daß allem Anschein nach an die Einberufung des sozialpolitischen Aus-



schusses erst in jenem Zeitpunkt gedacht wird, bis das Abgeordnetenhaus seine Anträge wieder aufnehmen wird.

Diese Einberufung des Ausschusses für die Einberufung des sozialpolitischen Ausschusses ist von den tschechisch-böhmischen mit allen Mitteln betrieben worden. Den sachlichen Vorwand für dieses Vorgehen soll nun der Umstand abgeben, daß bisher nicht der Motivenbericht fertiggestellt ist und daß die Vorlagen betreffend die Organisation der Sozialversicherung und die Beitragsleistung im Parlament noch nicht eingebracht sind. Dieser Vorwand charakterisiert am treffendsten die Kampfmethoden der tschechischböhmerischen. Sie waren es, die mit Hilfe der Nationalsozialisten den organisatorischen Aufbau der Sozialversicherung, der auf der Einheitskassa beruht hat, zerstört haben. Dem Wunsch der tschechischböhmerischen entsprechend wurde die Beschränkung der Leistungen, die eine Neufestsetzung der Beiträge erforderlich macht, vorgenommen. Sie haben also den gegenwärtigen Zustand herbeigeführt. In ihrem Streben, die Beratung der Sozialversicherungsvorlage während der Parlamentsferien zu verhindern, wurden sie noch bestärkt durch den Vergarbeiterstreik. Jetzt mußte erst recht verhindert werden, daß der sozialpolitische Ausschuss einberufen und dadurch ein Forum geschaffen werde, vor welchem die Übergriffe der Kapitalisten, die zaghafte Haltung der Regierung und die Berechtigung der Abwehr der Grubenarbeiter zur Sprache hätte gebracht werden können.

Die Schuld der tschechischen Sozialdemokraten besteht zweifellos darin, daß sie das freibehaltene Spiel, das von den Koalitionsparteien geübt wird, nicht aufgedeckt, sondern sich vielmehr dazu bereitgefunden haben, durch Einbringung der unvollständigen Vorlage, die durch den Motivenbericht und durch zwei neue Vorlagen zu ergänzen war, die Meinung aufzulassen, als ob trotz dieser Mängel in die Beratung der Sozialversicherung während der Parlamentsferien eingegangen werden wird. Und wenn sie sich schon dazu verstanden haben, die Vorlage einzubringen, dann mußten sie alles daran setzen, daß der Ausschuss einberufen werde und daß er, ohne die Initiative der Regierung abzuwarten, selbst die Mängel der Vorlage behebe. Die tschechischen Sozialdemokraten hatten die Pflicht, auf die Einberufung des sozialpolitischen Ausschusses um so mehr zu drängen, als sie aus dem Verhalten der tschechischböhmerischen bei den Vorberatungen ableiten konnten, daß diese der Gewerkschaft der Vorlage die größten Schwierigkeiten bereiten wollen.

Die tschechischböhmerischen werden niemals einberufen, doch die Gegner der Sozialversicherung sind: dieses Einberufen würde auch von einem großen Teil ihrer Anhänger nicht verstanden werden. Ihr Streben geht aber zweifellos dahin, die Sozialversicherung zu vereiteln. Sie kalkulieren folgendermaßen: Nach Zusammentritt des Parlamentes wird der sozialpolitische Ausschuss die Vorlage in Verhandlung nehmen. Bevor der Ausschuss noch die Generaldebatte abgeleitet haben wird, wird er schon vor neue zeitlich begrenzte Aufgaben gestellt werden. Am 31. Dezember 1923 laßt nämlich die Geltung folgender Gesetze ab: Das Gesetz betreffend die Arbeitslosenunterstützung, das über die arbeitslosen Arbeiter, drei Abschnitte des Gesetzes betreffend die Baubewegung, das Gesetz betreffend die Kriegesbeschädigten, ferner die Gesetze betreffend die Krankenversicherung und die Vermögenszulagen zu den Unfallrenten. Alle diese Vorlagen werden dem sozialpolitischen Ausschuss zugewiesen werden und es wird zweifellos das Streben der bürgerlichen Parteien dahin gerichtet sein, der Beratung die größte „Sorgfalt“ zuzuwenden, wie wir dies des öfteren in der letzten Zeit zu beobachten Gelegenheit hatten. Durch die ganz besondere Sorgfalt, die sie sicherlich den mit 31. Dezember d. J. fälligen Vorlagen angedeihen lassen werden, wird die Beratung der Sozialversicherungsvorlage aus Zeitmangel, keineswegs aus böser Absicht der tschechischböhmerischen — wer wollte denn so bestäbt sein dies zu behaupten — unmöglich gemacht werden.

Dieses durchsichtige Manöver der tschechischböhmerischen, das auch wärmste Förderung in den Reihen der Deutschböhmerischen finden dürfte, muß durchkreuzt werden. Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, welche Parteien des Abgeordnetenhauses eine ernste Beratung der Sozialversicherung wirklich wollen, und welche Parteien grundsätzliche Gegner der Sozialversicherung sind. Der deutsche sozialdemokratische Klub wird einen Antrag auf Einberufung eines eigenen Ausschusses zur Beratung der Sozialversicherungsvorlage einbringen. Alle, die eine ernsthafte Beratung der Vorlage wollen, alle, denen die Beseitigung der schweren Mängel der Vorlage im Interesse der Sozialversicherung und der Fortschritt der Sozialversicherung am Herzen liegt, werden für die Einberufung dieses Ausschusses stimmen, der sich, unbeeinträchtigt von den Vorhängen in den anderen Ausschüssen ausschließlich und mit aller Gründlichkeit mit der Vorlage der Regierung beschäftigen und so ein Werk schaffen wird, das den berechtigten Wünschen und Forderungen der Arbeiterklasse Rechnung zu tragen geeignet ist. Nur so kann das Versprechen eingelöst werden, das sowohl der Minister für soziale Fürsorge als auch die tschechische sozialdemokratische Partei wiederholt gegeben haben, daß nämlich die Vorlage spätestens am 1. Januar 1924 Gesetzeskraft erlangt haben wird.

### Einladung.

Der Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei der tschechoslowakischen Republik beruft für die Zeit vom 16. bis 18. Dezember 1923 den

## Parteitag

ein. Die Beratungen beginnen am Sonntag, den 16. Dezember um 9 Uhr vormittags und finden in A. E., Volkshaus, statt. Als provisorische

### Tagesordnung

wird in Vorschlag gebracht:

#### 1. Konstituierung des Parteitages:

- a) Wahl des Präsidiums;
- b) Festsetzung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung;
- c) Wahl einer Mandatsprüfungskommission und einer Vorschlagskommission für die Wahl des Parteivorstandes, der Parteikontrolle und der Beratungsförperschaften.

#### 2. Berichte:

- a) des Parteivorstandes;
- b) des Kassiers;
- c) der Kontrolle.

#### 3. Die parlamentarische Tätigkeit und unsere politischen Aufgaben.

#### 4. Die Wirtschaftskrise und die Wirtschaftspolitik in der Tschechoslowakei.

#### 5. Klassenkampf und Massenschulung.

#### 6. Wahl des Parteivorstandes, der Parteikontrolle und der Beratungsförperschaften.

#### 7. Allgemeine Anträge.

Zur Teilnahme am Parteitag sind nach § 23 des Organisationsstatutes berechtigt:

- 1. Je drei Delegierte jeder Bezirksorganisation; Bezirksorganisationen, deren durchschnittlicher Markteinsatz für männliche und weibliche Parteimitglieder pro Monat mehr als dreitausend Stück beträgt, haben das Recht, für jedes weitere Tausend einen Delegierten zu entsenden. Bruchteile über fünfhundert werden als voll berechnet; die Grundlagen für die Berechnung der Zahl der Delegierten bildet der Markteinsatz im Geschäftsjahr, über das am Parteitag berichtet wird. Die Wahl der Delegierten erfolgt in Bezirkskonferenzen; das Wahlverfahren wird durch die Statuten der betreffenden Organisation geregelt.
- 2. Je drei Delegierte jeder Kreisorganisation; das Wahlverfahren wird durch die Statuten der betreffenden Organisationen geregelt.
- 3. Die Mitglieder des Parteivorstandes, der Kontrolle und die Sekretäre des Parteivorstandes.
- 4. Vier Delegierte des Klubs der Abgeordneten und zwei Delegierte des Klubs der Senatoren der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
- 5. Zwei Delegierte des Reichskomitees der weiblichen Parteimitglieder.
- 6. Zwei Delegierte des Sozialistischen Jugendverbandes.
- 7. Je ein Delegierter der von einem Parteitag eingesetzten Körperschaft.
- 8. Je ein Delegierter der Redaktionen der vom Parteitag anerkannten Parteipresse.
- 9. Zwei Delegierte der Zentralgewerkschaftskommission.
- 10. Je ein Delegierter der Zentralgewerkschaftskommission angeschlossenen Zentralverbände und ihrer Fachblätter.
- 11. Zwei Delegierte des Verbandes deutscher Wirtschaftsgenossenschaften.
- 12. Ein Delegierter des Zentralorganes des Verbandes der deutschen Wirtschaftsgenossenschaften.
- 13. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Zugelassen sind nur solche Delegierte der in den Punkten 9 bis 12 genannten Organisationen, die Parteimitglieder sind.

Die Vertreter der in den Punkten 8, 10 und 12 genannten Klubs sowie die in dem Punkte 13 genannten haben gleich beratende Stimme.

### Die Einberufer:

Burod Gusti, Karlsbad; Czernak Karl, Prag; Dr. Czoch Ludwig, Brünn; Dr. Heller Karl, Teplitz-Schönau; Hillebrand Odwald, Karlsbad; Komotauer Josef, Teplitz-Schönau; Jaskch Wenzel, Komotauer; Joll Hans, Troppau; Köppler Franz, Bodenbach; Krenmer Heinrich, Teplitz-Schönau; Richter Wilhelm, Brünn; Richter Anna, Bodenbach; Blaschke Otto, Düren; Rohl Adolf, Falkenau; Bözl Leopold, Aussig; Reichert Karl, Böhm.-Leipa; Reihner Adolf, Bodenbach; Schäfer Otto, Reichenberg; Schloßnick Hieronymus, Sternberg; Ullmann Johann, Neuhammer.

## Tages-Neuigkeiten.

### Legende von der Vorstadtdirne.

Von Siegfried v. Vegesack.

Einer hochbetagten Vorstadtdirne kam das Leben nicht geheuer vor, Und so hing sie sich mit einem Zwirne Vor das erste beste Tor.

Kam ein Oberlehrer steif geschritten, Tief versunken in sein kluges Buch, Bis das Bein der Vorstadtdirne mitten Ihm auf seine Brillengläser schlug.

Stehen blieb er, fassunglos entsetzt: „hängt das Bester schon an jedem Tor? Daß es sich sogar im Tode brüsst Mit dem Seidenstrumpf aus grünem Flor!“

Und er rückte sich zurecht die Brille, Starrte aufwärts, scharf und unverwandt: „Gott sei Dank! — ich hab Gottes Will!“

Kam der Heiland, ein verhöhrter Jude, Und blieb stumm vor dem Tore stehn. Sagte sanft und leise: „Trude — Komm, du sollst jetzt aufstehn!“

Und er löste sie von ihrem Zwirne, Jog sie an sich, brüderlich und warm. Und es schmiegte sich die Vorstadtdirne Liebevoll in seinen Arm.

Lächelnd sprach sie: „Ach, ich gab mich Vielen — Aber keinem gab ich mich so gern!“ Und die ersten Morgenstrahlen fielen Auf die Vorstadtdirne und den Herrn.

### Nationalismus und Alerikalismus.

Sie „gehören brüderlich zusammen.“

Daß der nationale „Sozialismus“ mit dem Alerikalismus hierzulande der geschäftigen Anhängererschaft aus begrifflichen Gründen nicht zu erlernen Jung. Drum spricht zum Beispiel der Abgeordnete von einem ganz neuen, nationalsozialistischen „Christentum“, das mit dem Katholizismus nichts zu tun habe. Wie es um dieses antisozialistische, antikerliche Christentum der Nationalsozialisten bestellt ist, geht aus folgenden Feststellungen der „Allgemeinen Rundschau“ hervor:

Der bayerische Nationalsozialismus und seine Führer betonen, daß sie durchaus nicht unkirchlich und unatholisch sein möchten. Hermann Esen, ein Führer, lagte am Schluß einer großen Versammlung, er könne feststellen, daß die nationalsozialistische Sturmabteilung an der Fronleichnamprozession in München hätte teilnehmen wollen, aber unter dem Vorwand, daß der Zug sowieso zu lang sei, abgewiesen werden wäre; aus der Tatsache aber, daß ihre Reihen schon mehrfach in katholischen Kirchen geweiht worden seien, gehe allein schon hervor, daß der Nationalsozialismus nicht in irgend welcher Hinsicht zur katholischen Kirche stehe.

Die Alerikalen lassen es aber auch bei der kirchlichen Weihe hakenkreuzlerischer Fahnen nicht bewenden, sondern erweisen sich den Verbündeten hilslicher Couleur in noch höherem Maße dankbar. Der „Völkische Beobachter“, das Hauptblatt der bayerischen Nationalsozialisten, erklärte einmal, daß „auch eine Reihe jüngerer Mitglieder des katholischen Alerikus in absehbarer Zeit sehr aktiv in den Kampf zur Errettung des christlich-germanischen Geistes eintreten würden.“ Trotz dieses Sufurzes katolischer Seite er als Alerikal von katholischer Seite so sehr angegriffen werde! Wir wollen annehmen, daß die Alerikalen diese Angriffe auf den breiten Kreuz- und Hakenkreuzritter in Zukunft unterlassen werden und daß „demnächst“ — so heißt der „Völkische Beobachter“ — „auch von katholischer Seite erklärt werde, daß Christentum (lies Alerikalismus) und Nationalsozialismus Nichte sind, die brüderlich zusammengehören.“

„Unseren Geist werden sie niemals vernichten.“ Ein Genosse aus einem Erzgebirgsdorf richtete dieser Tage folgenden Brief an unser Parteisekretariat in Komotau.

Werter Genosse!

Ich muß Dir mitteilen, weich' hartem und zähen Wahlkampf wir geführt haben, um den Sieg zu erringen. Unsere Gegner im Orte haben nichts unversucht gelassen, um uns wiederzukümmern oder gar gänzlich zu vernichten. Und was war das Ende vom Lied? Unsere Ideen haben sie doch nicht ausrotten können! Trotzdem die Arbeiterfeinde vor der Wahl schon vor Freude taumelten und brüllten: „Der Sieg muß unser werden!“ Sie haben zu früh gelacht, denn das Sprichwort sagt: Wer zuerst lacht, lacht am besten. Ich kann Dir es gar nicht schildern, wie dann die Arbeiterherzen vor Freude schlugen, als das Wahlergebnis bekannt wurde. Die Gegner machten mißvergnügte Gesichter und zogen die Köpfe ein. Hätte mancher Arbeiter mit Verstand gewählt und als Arbeiter seinen Raum gestellt, hätten unsere Gegner weniger Mandate bekommen; nicht nur bei uns, sondern auch in den anderen Gemeinden. Leider gibt es noch so viele irreführende Propaganda, die wir erst aufklären und unserer Bewegung zuführen müssen. Bei uns

heißt es nur: „Nernst leiden, ohne zu verzagen“, und wir werden weiter mit ruhigem Gewissen für den Sozialismus arbeiten, so wie es unsere Überzeugung vorschreibt. Wenn man bedenkt, mit welchem Eifer unsere Genossen gearbeitet haben, so gebührt ihnen der wärmste Dank. Unsere Gegner, die uns auch die Argumente überhört haben und mit verlogenen Argumenten überhört haben, haben gezeigt, daß sie alle einzig sind, wenn es gegen den Sozialismus und gegen die Arbeiter geht; traurig aber wahr... Trotzdem werden wir unseren Weg weiter gehen, den uns Marx gezeigt hat. Sie können uns zwar den Augenblick zurückdrängen, aber unseren Geist werden sie niemals vernichten.

Für den Sozialismus — trotz aller dem!

Mit Parteigrüß und auf zu neuer Arbeit!

Folgt die Unterschrift. Für den Sozialismus — jetzt erst recht! Ein Augenblickserfolg — der Geist, der in der sozialdemokratischen Arbeiterchaft wohnt, kann darunter nicht leiden. Im Gegenteil: jetzt erst recht! Die Siegesüberfahrt unserer Genossen, die sich in diesem schlichten und doch so stolzen Brief ausdrückt, sie gibt uns die beste Gewähr, daß es vorwärts geht, trotz alledem.

Der Kampf um die Schule. Im Ortschulrat von Mähr.-Ost. Strau wurde von tschechischer Seite auf Grund des Ergebnisses der Schuleinschreibungen nicht nur die Aufstellung zweier Parallelklassen an einer der Bürgererschulen, sondern auch die Reorganisation der tschechischen Volksschule im ersten Ostrauer Bezirk durch Zusammenziehung der Knaben- und Mädchenschule in eine gemischte Schule beantragt. Schließlich gelang es, ein Kompromiß zustande zu bringen, nach welchem die deutschen Vertreter gegen die sofortige Auflösung der Parallelklassen keine Einwendungen zu erheben sich berechtigt erklären, wenn die Reorganisation der tschechischen Volksschulen im ersten Bezirk erst im nächsten Jahre vorgenommen wird. Dagegen wurde im dritten Ostrauer Bezirk vom Schulministerium die Zusammenziehung der tschechischen Volksschule in eine gemischte Schule bereits bewilligt. — Einen schweren Kampf um ihre Schulen haben die Deutschen in der Wischauer Sprachinsel in Mähren zu führen. Eine besondere Werbetätigkeit entfalten die Tschechen im Orte Tscheken, wo viele Eltern aufgefordert wurden, ihre Kinder aus der deutschen Schule herauszunehmen und in die tschechische Minderheitsschule einzutragen zu lassen. Diejenigen Eltern, die sich dieser Aufforderung nicht fügten, erhielten dieser Tage vom Bezirksschulausschuss in Wischau einen „Erlaß“ zugestellt, in welchem sie aufgefordert werden, ihre Kinder einer Ueberprüfung in den Kenntnissen der tschechischen Sprache zuzuführen. Die Eltern erschienen jedoch nicht bei der angefügten Ueberprüfung, sondern brachten gegen diesen „Erlaß“ bei der zuständigen Behörde eine Beschwerde ein. — Der Brünnlitzer Ortschulrat hat die Eltern von sieben Kindern, die seit vielen Jahren die deutsche Schule in Brünnil besuchten, aufgefordert, die Kinder in die tschechische Schule einzutragen zu lassen mit der Begründung, daß diese Kinder, da sie aus gemischten Ehen entstammen, als Tschechen bezeichnet werden. Gegen diese Verfügung wurde gleichfalls die Beschwerde eingebracht.

Ein Husarenstückchen der Prager Katholiken. Nach rasch vor dem Zusammentritt und der Konstituierung der neu gebildeten Prager Gemeindevertretung hat die Prager Zentralverwaltungskommission einen unerhörten Beschluß gefaßt. Gegen die Stimmen der tschechischen Sozialdemokraten wurde nämlich der Bau der Gemeindegasanstalt in Mühle der französischen Firma Dunal und Ludvikar vergeben. Wesentlich billiger gehalten waren, wurde überhaupt nicht verhandelt. Dieser Beschluß der Zentralverwaltungskommission bedeutet eine unerhörte Vertiefung des Casapreises auf eine Reihe von Jahren hinaus.

Eisenbahnunfall bei Prag. Der Personenzug Nr. 511, welcher gestern um 5 Uhr 20 Min. von Prag Wilsonbahnhof abging, fuhr im Einschleife von der Station Satulitz auf den Lössberg Nr. 583. Hierbei wurden 8 Reisende und der Heizer des Personenzuges leicht verletzt. Den Verletzten wurden von dem aus Hlinor in die Station Satulitz berufenen Ärzte Hilfe geleistet. Vom Zuge 583 sind fünf Wagen entgleist und erheblich beschädigt, vom Zuge 511 drei Wagen. Die Personen- und Schnellzüge der Strecke Wilson-Wischau fahren über Lissa. Der Frachtverkehr ist eingestellt. Bezüglich der Ursache des Unfalls findet an Ort und Stelle eine Untersuchung statt.

Die rumänischen Unberufungsprofessoren gegen den Numerus clausus. Auf dem Kongresse der Unberufungsprofessoren in Jassy wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Die Studenten haben sich den akademischen Gesetzen zu fügen. Die Professoren werden eine Aktion einleiten damit den Bedürfnissen der Hochschüler besser Rechnung getragen werde als bisher. An den Hochschulen darf nicht Politik betrieben werden, da dies forschwidrig ist. — Der Antrag des Professors Cuzas auf Einführung des Numerus clausus wurde abgelehnt.

Das russische Schulwesen. Aus Moskau wird gemeldet: Die im Jahre 1922 gesunkene Zahl von Schulen ist im heurigen Jahr wiederum gestiegen. Insgesamt gibt es gegenwärtig in Rußland 57.000 Schulen. An den Arbeiterfachschulen sind 26.000 Studenten inskribiert, davon 60 Prozent Arbeiter. Es gibt im Ganzen 8 Millionen Stationen zur Bekämpfung des Analphabetismus.



**Ein Millionär des sechsfachen Raubmordes verdächtig.** Aus Zlatmar in Siebenbürgen wird eine grauenhafte Geschichte berichtet. Es handelt sich um eine Serie von Raubmorden, die der millionenreiche Zlatmarer Kaufmann Jakob Reinitz begangen haben soll, indem er nacheinander sechs seiner jeweiligen Geschäftsfreunde austrübte und dann aus dem Wege räumte. Dieser Reinitz, ehemals Schullehrer und dann Militärpolizist, war vor etwa drei Jahren aus Debrecen zugewandert. Heute besitzt er ein mobiles und immobilies Vermögen, das auf viele Millionen Lei bewertet wird. Nach der Angabe soll die Spur aller Geschäftsfreunde und Kommittenten von Reinitz in den jüngsten zwei Jahren verloren gegangen sein, mit den Verschwindenden aber auch namhafte Beträge, von denen man sicher weiß, daß die Verschollenen sie bei sich geführt hatten. So sind verschwunden: der Erdbeer-Anfasser Rozmarin mit 1200 Dollar, der Batarofer Kaufmann Salomon Lebitz mit 250.000 Lei, der Wälder Kaufmann Hermann Szumle mit 100.000 Solol, der Zlatmarer Kaufmann Karl Rühbacher mit 90.000 Solol, der Maramaroskiger Schneider Solomon Veitler mit 1000 Dollar und der Nagymaroser Hotelier Hermann Groß mit 100.000 Lei. Die Polizei hat die Untersuchung auf Anzeige der Frau des Verschollenen eingeleitet. Eine bei Reinitz durchgeführte Hausdurchsuchung forderte ein Million Lei bares Geld und größere Beträge in anderer Valuta zutage. Im Laufe der Untersuchung meldete sich der Maramaroser Kaufmann Arnold Hersh bei der Polizei und gab zu Protokoll, Reinitz habe ihn zur Teilnahme an einem größeren Geldschmuggel bewegen wollen, nach dessen Durchführung dann der Schwärzer hätte um die Ecke gebracht werden sollen. Die Frau des Reinitz, der sich in Gewahrsam der Zlatmarer Staatsanwaltschaft befindet, hat dem Leiter der Untersuchung eine Million Lei für Freilassung ihres Mannes geboten, aber erfolglos. Die bisherigen Zeugnisaussagen stellen die Anklage so hin, als habe Reinitz, ein Mensch mit finstrem, stehenden Blick auf seine Opfer einen gewissen sügeßigen Einfluß geübt und sie dann unter dieser Wirkung beseitigt. Die Zlatmarer Staatsanwaltschaft nahm einen Lokalausgang im Walde von Felsöbanya vor, wo die Leiche des Nagymaroser Hoteliers Groß entdeckt wurde. Reinitz leugnet.

**Einem Anaben tödlich mißhandelt.** Dieser Tage wurde in Leutschau in der Mowalei ein Raubmordverbrechen verübt, wobei ein zehnjähriger Knabe so schwere Verletzungen erlitt, daß er sich derzeit im hoffnungslosen Zustande im Krankenhaus befindet. Der Einbruch erfolgte bei dem Landwirt Reimarsky, der vor kurzer Zeit mit seinen Ersparnissen aus Amerika heimgekommen ist. Als sich Reimarsky mit seiner Frau auf dem Felde befand, drang ein unbekannter Mann in die Wohnung ein, in der sich nur der zehnjährige Sohn und das zehnjährige Töchterchen des Ehepaares befanden. Der Räuber schlug den Knaben mit einem Eisenstod zu Boden und raubte aus einem Kasten 500 Dollar. Das Kind hat neben schweren Kopfverletzungen auch einen Armbruch und eine schwere Augenverletzung davongetragen.

**Erster jüdisch-deutscher Wohnungsfürsorge-Tag.** Die Deutsche Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge in der Tschechoslowakischen Republik veranstaltet Samstag, den 13. und Sonntag, den 14. Oktober 1923 in Komoran, Sitzungssaal des Stadthauses, den ersten deutsch-jüdischen Wohnungsfürsorge-Tag und seine ordentliche Vollversammlung. Beginn der Tagung Samstag, den 13. Oktober um 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung stehen Beratungen über das Wohnungs- und Siedlungswesen. Gleichzeitig findet eine Planausstellung in den Städtischen Parkanlagen statt. Nähere Auskünfte über diese Ausstellung erteilt Zug. Ernst Hubmann, Prag II, Riegerlat 18.

**Schwerer Autounfall in Antwerpen.** Als ein mit fünf Personen besetztes Automobil, das von Tilbourg (Holland) kam, beim Anfahren die Bahnhofsüberquerung wollte, war die Barriere nur auf einer Seite geschlossen. Der Chauffeur wollte rückwärts fahren, als im selben Moment ein Güterzug heranfuhr, das Automobil erlitt ein etwa 100 Meter nachschleppte. Das Automobil wurde vollständig in Trümmer zerlegt. Ein Anfasser wurde auf der Stelle getötet, ein zweiter erlag den erlittenen Verletzungen im Spital und ein dritter erlitt einen Bruch. Der Chauffeur und ein weiterer Anfasser kamen mit dem Schrecken davon.

**Eine ganze Wohnung ausgeraubt.** Wie die Hamburger Abendblätter melden, drangen in die Wohnung der Familie Popper in Lohstedt bei Hamburg mehrere Räuber mit dem Ruse Hände hoch! ein. Die aus acht Personen bestehende Familie wurde gefesselt und in den Keller eingesperrt. Darauf wurde die ganze Wohnung ausgeraubt. Die Sachen wurden mit einem Auto fortgeschafft. Die Räuber, die vorher die Telefonleitung zerstört hatten, waren acht Stunden in der Wohnung tätig.

**Ein Auto in den Ahrenssee gestürzt.** Dieser Tage ist nachts das Personauto des Posthotels in Ahrensbach auf der Heimfahrt von Zrubach zwischen Buchau und Zrubach in den Ahrenssee gestürzt, wobei der Lenker des Wagens den Tod fand. Der einzige Passagier, der Postwirt Huber, konnte am Morgen aus seiner Lage befreit werden.

**Witterungsübersicht am 29. September.** Freitag hat sich eine ausgedehnte Regenzone in der Umgebung der Ostalpen ausgebildet, durch welche auch die angrenzenden Gebiete der Republik betroffen waren (Znaim 7, Budweis 3 Millimeter). In den übrigen Teilen der Tschechoslowakei war es trüb, stellenweise gab es etwas Regen. In Osten und Westen stiegen die Temperaturmaxima auf 16 bis 19 Grad C., in Mähren auf 12 bis 13 Grad C.

Ein großer Temperaturunterschied ist in der letzten Nacht zwischen Osten und Westen entstanden; östlich von den Karpaten sank das Thermometer unter 5 Grad Celsius (Eudence, Spißka Nova Ves 2 Grad Celsius). In Böhmen blieb es über 10 Grad Celsius (Prag 13 Grad C.). Das kontinentale Hochdruckgebiet zieht sich nach Westen zurück, die nördliche Depressions-Zentrum 742 Millimeter (im Finnland) reicht bis Polen hinunter und entfernt sich in südlicher Richtung. — Wahrscheinliches Wetter am 30. September: Veränderlich, Zirkregen, kühl.

**Volkswirtschaft und Sozialpolitik.**  
**Der Handelsvertrag mit Frankreich und die Textilindustrie.**

In dem von uns veröffentlichten Artikel über den französisch-tschechoslowakischen Handelsvertrag wird uns aus Kreisen der Textilindustrie geschrieben:

In den durch die ungünstigen Positionen dieses abgeschlossenen Handelsvertrages besonders in Mitleidenhaft gezogenen Industrien gehört vor allem die Textilindustrie, und da sind es wieder einige Zweige derselben, die besonders hart getroffen wurden. So wird die Näh- und Strickwarenherzeugung, sowie die Wirkwaren- und Seidenindustrie die Wirkungen der Herabsetzung der Einfuhrzölle sehr nachteilig zu spüren bekommen. Aber auch die anderen, die Baumwollwarenherzeugung, die Leinen-, Hanf- und Jutewarenherzeugung, sowie die Wollwaren- und Seidenwarenherzeugung, werden schwer betroffen, weil dieser Handelsvertrag Frankreich auch die Einfuhr solcher Waren in einem verhältnismäßig großem Ausmaße gestattet. So z. B. kann Frankreich auf Grund dieses Vertrages 8000 Meterzentner Baumwollwaren, 2000 Meterzentner Leinen-, Hanf- und Jutewaren, 2000 Meterzentner Wollwaren aller Art und 1500 Meterzentner Seidenwaren — wenn auch ohne die ermöglichten Einfuhrzölle — in die Tschechoslowakei einführen. Es ist schon oft genug darauf verwiesen worden, daß die Textilindustrie der Tschechoslowakei selbst zu 80 Prozent mit ihrer Erzeugung auf den Export angewiesen ist und daß die anderen 20 Prozent der Erzeugung bei voller Produktion vollständig zur Deckung des Inlandsbedarfes hinreichen. Bedenken wir nun, daß die Exportmöglichkeiten für die heimische Industrie durch die verschiedenen Umstände und besonders durch die wenig fördernde Politik der tschechoslowakischen Regierung nahezu unterbunden sind; weiters, daß bei der schon jahrelang anhaltenden Wirtschaftskrise in diesem Staate auch der Inlandskonsum devari beschränkt ist, daß die heimische Textilindustrie aus dem Krisenzustande nicht herauszukommen vermag, dann wird uns die ungeheure Schwierigkeit klar werden, die aus diesem Handelsvertrage der tschechoslowakischen Textilindustrie erwachsen und welche nachteiligen Folgen das für die in Betracht kommende Arbeiterschaft haben muß. So sehr es aussonsten im allgemeinen zu begrüßen ist, daß durch die Erleichterung der Einfuhr der inländische Markt mit Waren aus dem Ausland beschickt und dadurch eine Konkurrenz geschaffen wird, die auch die einheimischen Erzeuger zwingt, ihre Preise darauf einzustellen, so muß doch in diesem Falle gesagt werden, daß der Arbeiterschaft dieses Staates und insbesondere der Textilarbeiterschaft aus diesem Vertrag ein Schaden erwachsen dürfte, der weit größer sein wird, als die Vorteile, die auf Grund der Erleichterung der Auslandskonkurrenz dem Inlandskonsum eventuell erwachsen würden.

**Ein weiterer Kredit für Arbeitslosenunterstützung.** Wie verschiedene Blätter melden, wird das Ministerium für soziale Fürsorge dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf vorlegen, in dem ein weiterer Kredit für Arbeitslose in der Höhe von 200 Millionen Kronen gefordert wird.

**Auflösung des Zuckercartells.** Vom Komitee der tschechoslowakischen Zuckerraffinerien wird mitgeteilt: In der Plenarversammlung der tschechoslowakischen Zuckerraffinerien wurde konstatiert, daß das bisher bestehende Verkaufsübereinkommen der Zuckerraffinerien am 30. September d. J. abgelaufen ist. Nachdem dieses Abereinkommen nicht erneuert wurde, tritt mit dem morgigen Tage der vollkommen freie Zuckerhandel ein.

**Handel mit Ausfuhrbewilligungen.** Auf der dienstägigen Produktbörse wurde ganz offen mit Einfuhrscheinen für Mehl gehandelt. Diese Einfuhrscheine gibt das Außenhandelsamt aus. Daß nun mit diesen Einfuhrscheinen ein schwinziger Handel betrieben wird, ist — wie das „Pravo Lidu“ mit Recht bemerkt — ein Beweis, daß dieses Amt ganz ohne Kontrolle ist. Bei der Ausgabe von Einfuhrscheinen wird nicht geprüft, ob der Betreffende das Mehl oder Getreide tatsächlich einführen will, sondern es herrscht wahrscheinlich die größte Protektionswirtschaft. Derjenigen, die über diese Protektion verfügen, verdienen an diesen Einfuhrscheinen eine Menge Geld. Auf der anderen Seite wird Genossenschaften, welche um Einfuhrbewilligungen anfragen, die Ausstellung solcher Einfuhrscheine verweigert. Es ist höchste Zeit, daß im Handelsministerium endlich Ordnung gemacht wird!

**Die Gewerkschaften im Teplitzer Kreise.** Zur heute in Teplitz stattfindenden zweiten ordentlichen Kreisgewerkschaftskonferenz gibt die Kreisgewerkschaftskommission einen Bericht über die Jahre 1921 und 1922 heraus, in dem u. a. ausgeführt wird: Die abgelaufene Berichtsperiode

stand im Zeichen einer ständig wachsenden Wirtschaftskrise und des politischen Richtungsstreites innerhalb der Arbeiterklasse. Die ungünstige wirtschaftliche Lage des Jahres 1921 verschärfte sich noch bedeutend und nahm solchen Umfang an, daß ganze Industriezweige des Berichtsbereiches zum Stillstand kamen. Die Zahl der Arbeitslosen vermehrte sich ständig und erreichte eine bisher unbekannte Höhe, man zählte doch Ende des zweiten Berichtsjahres mehr als 16.000 Arbeitslose. Nach der kaum überwundenen Ernährungs- und Arbeitslosigkeit neuerlich Not und Elend in die Wohnungen der Arbeiter und Angehörigen. Wirtschaftskrise und Meinungsstaus blieben nicht ohne Wirkung auf die gewerkschaftlichen Organisationsverhältnisse, beide Erscheinungen haben die Entwicklung wesentlich beeinflusst und beinträchtigt. Den Aufstieg der Gewerkschaften zu hemmen. Während im Kreisgebiet der Kommission am 1. Jänner 1922 41.457 Mitglieder eingeschrieben waren, betrug der Mitgliederstand am 31. Dezember 1921 34.204. Inmehrin entnimmt man aus diesen Zahlen, daß der größte Teil der gewerkschaftlich organisierten Mitarbeiter auch in der Arbeitszeit den Gewerkschaften erhalten blieb.

**Deutschlands neue Steuerpolitik.** In einem Leitartikel des Berliner „Vorwärts“ bemerkt der bekannte Volkswirtschaftspositivist Genosse Kurt Feinig, daß noch im Juli die Einkommensteuer aus Lohnabzügen 29 Prozent der gesamten Reichseinnahmen ausmachte. Daneben ergab die Reichseinkommensteuer auf Grund der Selbstbeschätzung ganze zwei Prozent. Im Monat August jedoch, im ersten Monat nach Inkrafttreten der Hilfsindischen Steuererlasse erbrachte die Rhein- und Ruhrabgabe rund 40 Prozent der gesamten Reichseinnahmen, während aus Lohnabzügen in dem genannten Monat nur 17 Prozent der Staatseinnahmen aufkommen sind. Daraus, daß die Einkommensteuer aus Lohnabzügen einen viel geringeren Teil der Staatseinnahmen ausmacht, erzieht man die Tendenz der neuen deutschen Steuerpolitik, die finanziellen Lasten auf die Schultern der Besitzenden zu stellen. In den letzten zehn Tagen des Kabinetts Cuno haben die Reichseinnahmen nur 0,7 Prozent der Reichsausgaben gedeckt, während gegenwärtig ungefähr zehn Prozent der Ausgaben des Reiches durch Einnahmen gedeckt sind.

**Internationale Konferenz über Arbeitsstatistik.** Eine internationale Konferenz über Arbeitsstatistik wird am 20. Oktober d. J. im Anschluß an die Internationale Arbeitskonferenz zu Genf stattfinden. Die Tagesordnung der Veranstaltung wurde bereits den Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation mitgeteilt. Es werden folgende Punkte verhandelt werden: 1. Klassifikation der Gewerbe und Berufe für Zwecke der Arbeitsstatistik, 2. Statistik der Löhne und Arbeitszeit, 3. Statistik der Betriebsunfälle. Die Konferenz wird zwar ein einheitliches System der Arbeitsstatistik für alle Länder nicht festlegen können, aber es scheint möglich zu sein, Methoden einzuführen, auf Grund welcher die Statistiken so aufgemacht werden können, daß sie internationale Vergleiche erleichtern. Es wird ferner angenommen, daß die Konferenz für jene Staaten nützliche Ergebnisse haben wird, die eben dabei sind, ihren arbeitsstatistischen Dienst auszubauen, denn sie können wertvolle Angaben über die statistischen Methoden in den Staaten erhalten, welche über längere Erfahrungen auf dem Gebiete verfügen. Endlich wird die Tagung Gelegenheit bieten, die Vertreter der arbeitsstatistischen Ämter der verschiedenen Staaten miteinander in persönliche Berührung zu bringen, womit ebenfalls zur Behebung von Schwierigkeiten auf dem Gebiet internationaler Statistik beigetragen wird.

**Devisenkurse.**

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	16.00 00
Berlin	14.00 00
Wien	2128 00

**Zürcher Schlußkurve am 29. Sept.**

	Gold	Ware
Paris	31.27 50	34.49 00
London	25.47 00	25.51 00
Berlin	1.27	1.63
Holland	25.05 00	25.75 00
Schweden	13.75 00	22.75 00
Österreich	0.00 78 50	0.0 170 00
Frankfurt	2.90 00	3.31 00
Brüssel	16.75 00	16.85 50
New York	5.75 00	5.81 00
Wien	6.20 00	6.40 00
Warschau	0.0 00 00	0.00 00 00

**Kunst und Wissen.**

**Böhmisch-Gesellschaft II: „Rosenkavalier“** von Richard Strauß. Neues deutsches Theater, 28. September. In Richard Strauß' göttlicher Musikkomödie „Der Rosenkavalier“ dienen hohen Liede Wiener Herrlichkeit und Wiener Frohsinnes, hat sich Michael Bohnen dem Proger Publikum zum erstenmale in einer Vufforolle vorgestellt und den „Ochs von Leichenau“ gezeugt. Böhmens ureigenes Gebiet sind die streng seriösen Bah- und Bahvarianerrollen und unter ihnen wieder die Charakterfiguren der Intriganten und Bösewichte. Kein Wunder, daß man seinem Debüt als Vufforste mit doppeltem Interesse entgegen sah, umso mehr, als wir erst vor Jahresfrist Gelegenheit hatten, den muster-gültigen und auch im Dialekte unversälferten und unüberwindlichen „Ochs von Leichenau“ des Wiener Meisterdichters wahr zu hören. Daß uns Böhnen in dieser Partie vor einer Enttäuschung bewahrte, dafür bürgte seine außerordentlich schauspielerische Gewandtheit ebenso wie seine gefangensinnlich Größe; aber unmittelbare Begeisterung und erwär-

mende Freude im Sinne der Rolle und der ganzen Musikkomödie vermochte sein „Ochs von Leichenau“ nicht auszulösen. Böhmens Auffassung dieser Figur hält sich an das Wort der „Rosenkavalier“, wenn sie sagt: „Da geht er hin der ausgeblöde, schlechte Kerl!“ Sein „Ochs von Leichenau“ ist daher eher mürrisch und obstinat als humorvoll und gemächlich, wie es dem Wiener Wesen entspricht; und in den Szenen, die starke Kenkerungen des Humors verlangen, wird Böhmens Darstellung zur Karikatur, so in der Zweitaufzuge mit dem Rosenkavalier und in der nachfolgenden Szene am Schmerzenslager. Diese „Rosenkavalier“-Aufführung beschränkte uns auch zwei Nebenrollen: Frau Wolf-Dörner als „Rosenkavalier“ und Frau Tilly de Garmos als „Zofie“. Frau Wolf-Dörners „Rosenkavalier“ war gelanglich annehmbar, wenn auch nicht zufriedenstellend; darstellerisch aber fehlt ihr alles, was diese Rolle erfordert, nämlich geistige Reife, hebeitsvolle Würde und Glaubwürdigkeit der ästhetischen Erscheinung. Frau de Garmos „Zofie“ kann als eine gefanglich und insbesondere schauspielerisch anerkannter Leistung bezeichnet werden, obwohl zur Vollkommenheit noch vieles fehlt. Dirigent des im allgemeinen stimmungslosen Opernabends, der sich eines außerordentlichen Coups zu erfreuen hatte, war Zemlinitz.

**Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.** Heute nachmittags halb 3 Uhr drittes Konzert der Don-Rosinen, abends 7 Uhr, Mittwoch (2.—II) und Samstag (3.—I) Gastspiel Eise Lord Wehner „Die Siegerin“; morgen Montag (Ab. aufgeh.) Gastspiel Michael Bohnen in Strauß' Musikkomödie „Der Rosenkavalier“; Dienstag als erste Abonnementvorstellung (1.—I) die Premiere von Georg Büchners Revolutionsdrama „Dantons Tod“; Donnerstag (3.—III) erste Wiederholung von „Dantons Tod“; Freitag Erstaufftritt Romanowitsch (4.—IV) „Wauwau“, Sonntag abends neunzehnter und vollständig neuausgestatteter „Ziegfried“.

**Die Neuinszenierung des „Ring“: Ziegfried.** Der Oberregisseur der Berliner Staatsoper Professor Dr. Hertz und der Ausstattungsdirektor derselben Rühne Emil Birhan, welche „Abingold“ und „Die Walküre“ neuinszeniert und ausgearbeitet haben, leiten gegenwärtig die Vorbereitungen für „Ziegfried“, welcher Sonntag, den 7. d. in seiner neuen szenischen Gestaltung zur Erstaufführung gelangen wird.

**Ausgabe des neuen Abonnements 1923/24.** Die vorgemerkten Abonnements werden täglich an der Abonnementskassa ausgegeben. Die erste Vorstellung findet Dienstag, den 2. d. statt, und zwar die Premiere von „Dantons Tod“ (1.—I). D. M. G. B. — Theaterlege. Heute 11 Uhr Probe.

**Der Film.**  
**Eröffnung des städtischen Lichtspieltheaters in Teplitz.**

Freitag wurde der erste Teil des großen Teplitzer Stadttheaters seiner Bestimmung zugeführt: das städtische Lichtspieltheater, das geungene Werk des Architekten Bikan (Tresden) und des Malers Baranowitsch (Tresden), ein Saal, der mit seinen siebenhundert Plätzen strengster künstlerischer Kritik standhält. Vor der Schönheit schon dieses Teiles des Gesamtbaues wird die feingestaltete Abgeschlossenheit der Spielfest, vor allem gegen die sozialdemokratischen Gemeindevorte gerichtet, rasch verstimmen. Die Tatsache, daß nun alljährlich Tausende von Menschen fast häßliche, ungesunde Leuteschen einen behaglichen, edel abgetünzten Theatersaal besetzen, ist auch schon ein Stück Kultur. Mit ein Zeichen der Zeit waren die Begrüßungsworte des Bürgermeisters und des Lichtspielleiters: Versprechungen, das Beste vom Besten zu bieten. Wir haben es gehört. Wir werden es überprüfen. — Der erste Film, der nun läuft, ist „Wilhelm Tell“, ein guter Griff. Lobes genug die Feststellung, daß dieser Film im Ernst seiner Gestaltung, in der künstlerischen Begabung der Szenenführung an „Kaiserschlacht“ erinnert. Einige Augenblicke sind außerordentlich: so die Kletterei, so das Aufblitz des Gebirgskopfes. Ganz klar als Wilhelm Tell: lebendig gewordener Mythos. — Die begleitende Musik noch nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe. Koffins' langatmiges Vorspiel überholt und ermüdet; aber der sanfte Ländler aus Schubert's unvollendeter Symphonie während der Greuelthaten der habsburgischen Konterrevolutionäre unbedeutend. — Öffentlich vergessen Spieltechnik und Publikum nicht, auch den jüngsten Film noch nach volksbildnerischen Grundfragen zu wählen und zu wöhlen.

**Vorträge.**

**Vortrag Dr. Verlorens bei den Proger proletarischen Freunden.** Vom Bund der proletarischen Freunde in der tschechoslowakischen Republik, Ortsgruppe Prag, wird uns mitgeteilt: Ueber das Thema: „Der Weg zu einer neuen sozialen Kultur“ spricht als Gast genannter Ortsgruppe der bekannte freigeistige Philosoph Prof. Dr. Verlorens, Univ.-Prof. in Bonn. Der Vortrag findet am 2. Oktober (Dienstag) um 8 Uhr abends im Rayolium statt. Regiebeitrag.

**Aus der Partei.**

**Bezirkskonferenz Znaim.** Auf der am letzten Sonntag in Znaim stattgefundenen Bezirkskonferenz waren zwanzig Delegierte erschienen. Aus den Berichten war zu ersehen, daß unsere Partei im Bezirke Znaim bei den letzten Gemeindevahlen ihren Bestand behaupten konnte. In Probing haben unsere Genossen sogar ein Mandat mehr und damit die absolute Mehrheit er-



rungen. Nachdem hierauf Genosse Wella in über die Beschlüsse der letzten Kreisversammlung Bericht erstattet hatte, wurde nach Abführung einer lebhaften Debatte beschlossen, in einer Reihe von Orten neue Lokalorganisationen zu gründen.

**Distriktskonferenzen.** Sonntag, den 7. Oktober finden mit der Tagesordnung: Die Aufgaben unserer Gemeindevorteiler in der Gemeindevorteilerung und die Organisation, Distriktskonferenzen in folgenden Orten (statt: Mährisch-Mittele, Haindorf, Klein-Morau, Wieselberg, Mährisch-Schönberg, Deutsch-Liebau und Mährisch-Neustadt).

**Jugendbewegung.**

**Erstgruppe Prag des sozialistischen Jugendverbandes.** In der im gestrigen Blatte erschienenen Versammlungsanzeige ist unliebsamerweise ein Fehler unterlaufen, und zwar soll es richtig Dienstag, den 2. Oktober heißen.

**Bereinsnachrichten.**

**Verein deutscher Arbeiter in Prag.** (Mitgliederversammlung.) Heute Sonntag, den 30. ds., um 10 Uhr vormittags findet im Vereinsheim (Zmuckagasse) eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Die Mitglieder mögen zahlreich und bestimmt erscheinen. Die Ausschussmitglieder werden ersucht, sich schon um halb 10 Uhr zu einer Sitzung einzufinden.

Sonntag, den 6. Oktober veranstaltet der I. deutsche Antis. und Bürohilfsverein in den Räumen des deutschen Handwerkervereinshauses (Urania), Zmuckagasse 22, sein alljährliches, beliebtes Weinlesefest. Im großen Saal Tanzmusik, in der Deutschenkammer spielt ein beliebtes Synchronquartett aus Tschechien. Eintritt inkl. Steuer K 15. Anfang 8 Uhr, Ende früh. Der Ausschuss. 1820

**Wetterberichte**

Der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

Table with 7 columns: Ort, Luftdruck, Temperatur, Windrichtung, Wetter, Regen, Temperatur. Includes data for 29. September 1923 morning and various locations like Prag, Wien, London, etc.

Table with 4 columns: Station, Höhe, Luftdruck, Temperatur. Includes data for Bohemian stations like Donnersberg, Schneekoppe, Jugspitze.

**Mitteilungen aus dem Publikum.**

**Das Beste für Ihre Augen** liefert **Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.** 1332

Eine neue Überraschung für unsere Damen! Wo vor kaum vier Wochen die Firma Rudolf Busch mit Interaten und Plakaten unter diesem Schlagwort die Reizigkeit unserer Damen erregte, mag wohl manche ungläubig gelächelt haben. Der Erfolg hat der unternehmungslustigen Firma Recht gegeben. Die Damen, die das Lager der Firma Busch gesehen haben, wissen heute bereits, das es bequemer ist, aus einem so reich sortierten Lager fertige Ware auszusuchen, als erst mühselig den Stoff, dann den Schneider und die richtige Färbung auszusuchen und schließlich doch nicht zu wissen, wie das fertige Kleid ausfallen wird. Die betreffenden Damen wissen aber auch, daß sie bei der genannten Firma nicht nur bequem aussuchen, sondern auch zu freygekauften billigen Preisen kaufen, denn die Firma Busch verkauft als einzige in Böhmen zu Fabrikspreisen direkt an den Konsumenten. Nunmehr hat die Firma Busch ihr stark gelichtetes Lager neu ausgefüllt und durch die neuesten Musterungen ergänzt. Im Interatenteil unserer heutigen Nummer bringen wir einen kleinen Auszug aus dem neuen Preisverzeichnis der genannten Firma mit kurz gefasster Beschreibung und Preisangabe der einzelnen Fassons. Die Firma Rudolf Busch macht das kaufende P. T. Publikum höflich darauf aufmerksam, daß sie wieder ein Gassenlokal noch irgendwelche Schaufenster besitzt, sondern bloß in ihren Fabriksräumlichkeiten in Prag, Příkopy 27 (Großer Bazar) — nur 1. Stock — Vohale für den Verkauf en detail eingerichtet hat. Die Besichtigung des Lagers ist frei, ohne Kaufzwang. Die Vohale der Firma sind ganztägig — also auch über Mittag — geöffnet. 1835

**Turnen und Sport.**

**An die Mitglieder des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes!**

Laut Beschluß des erweiterten Bundesvorstandes wird unser

**1. Bundes-Turnfest**

im Monat August 1924 in der berühmten **Badestad Karlsbad**

abgehalten. Dieser Beschluß muß unserer Arbeit in den nächsten 10 Monaten den Stempel ausdrücken.

Nur die Anwendung unserer ganzen Kraft und Solidarität bietet uns Gewähr, daß unser Fest der freien Turnfrage und der gesamten Arbeiterschaft würdig sei.

Aus eigener Kraft müssen wir schaffen, um Großes zu vollbringen.

Nur die Opferwilligkeit aller macht die Durchführung des Festes überhaupt möglich. Uns fehlen keine Mittel, keine reichen Freunde zur Verfügung und müssen wir vor allem einen Garantiefonds schaffen, der das Fest finanziell sichergestellt.

An euch, Turner und Turnerinnen, sowie an das gesamte sozialistische Proletariat richten wir den

**Alle Bücher**

liefert rasch und billig die **Buchhandlung Freyheit** Teplich-Schönbau, Theresienstraße Nr. 18. Großes Lager in preiswert. Gelegenheitskäufen. Verzeichnisse senden wir auf Wunsch kostenlos.



**„Die sozialistische Genossenschaft“**

Zeitschrift für Theorie und Praxis der gesamten Genossenschaftsbewegung. — Gut. Verichterstattung aus allen Ländern. — Erscheint im 3. Jahrgange. Einzelnummer K 3.—, Vierteljährlich K 8.—, Einserendungen durch Wertbrief.

Verlag: **Sozialistische Genossenschaft, Greis I. B.** (Deutschland). 1831

**Herrn-Anzüge**

von K 125.-

**Herrn-Raglane, Überzieher**

von K 190.-

**Herrn-Winterröcke lang**

von K 290.-

**Herrn-Winterröcke kurz**

von K 190.-

**Herrn-Gummimäntel garantiert wasserdicht**

von K 115.-

**Herrn-Loderröcke**

von K 390.-

**Herrn-Wirtschafts-Pelze**

von K 390.-

**Herrn-Hüte, Kappen, Hosen, Kravatten,**

Hemden gestrickte moderne Sweater und Westen, Socken, Stöcke, Gamaschen, Handschuhe usw. usw.

**Stránský**

Prag,

**Kybernská ul.**

Appell. Sorgt, daß jedes restlos seine Pflicht tut. Eine gewaltige Heerschau der roten Turner und Sportler muß unser Fest werden. Richtet sofort in jedem Verein Sparrassen ein! Nur dann können wir auch den letzten Mann nach Karlsbad bringen. Sorgt aber auch jetzt schon, daß es unseren Arbeitslosen durch eure Solidarität ermöglicht wird dabei zu sein. Rüttelt die Arbeiterschaft durch lebendige Propaganda auf! Sagt ihnen, es sind ihre Turner, deshalb ist es auch ihr Fest.

Nicht nur ein Fest wollen wir feiern, Tage der Arbeit sollen es sein! Tage reicher Turn- und Sportarbeit.

Jedes wirke aktiv mit! Ob jung, ob alt, ob Mann, ob Frau — unser Uebungsmaterial gibt allen Gelegenheit mitzutun. Unsere Freübungen erfordern Fleiß und Ausdauer, sie können nicht in den letzten Wochen erlernt werden. Intensivste Turnarbeit ist nötig, um auch am Festturnplatz musterhaft zu wirken.

Selbst mit! Durch Umsatz der Garantiemarken für Nichtmitglieder Propaganda zu machen. Selbst mit! Durch Festpartys einen Massen-

**Verlangen Sie die führenden amerikanischen prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte**

**„Apec“ und „Morrell“**

Vertreter für die Czechoslowakei: **Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33.** Drahtanschrift „Bostra“. Telefon 6087

**Herbst-Verkauf!**

Flanell K 4.00, Webe-Barchent K 5.—, Modobarchent K 8.—, Bettuchlein K 10.—, fertige Strohsäcke K 19.—, Herrenhemden Flanell K 16.—, Trikot K 17.—, Unterhosen Flanell K 18.—, Trikot-Partieware K 8.—, weiss m. Gürtel K 20.—, Damenhemden Flanell K 16.—, Chiffon K 12.—, mit schöner Stickerei K 21.—, Damenbeinkleider Flanell K 14.50, Trikot K 18.—, Kindertrikots K 9.—, Kinderstrümpfe klein K 1.—, mittel K 1.50, grössere K 2.—, grosse K 2.50, Damenstrümpfe K 3.50.

**Weberlei und Wäschefabrik 1815 OTTO KATZ**

Prager Engros-Lager I., Celetná 14. Kein Laden, nur im ersten Stock. Kohlř. Pizeňská 114. Lbuzín bei Kladno. Besichtigen Sie die Auslagskasten!

besuch zu sichern. Helft mit! Durch guten Turnbesuch Massen auf den Turnplatz zu bringen. Helft alle mit! Ob Turner, ob Turnerin, daß unser

**1. Bundesturnfest**

eine mächtige Manifestation unserer großen Sache werde. Zeigt unseren Gästen aus den anderen Ländern, die an unserem Feste teilnehmen, zeigt der Arbeiterschaft, daß die deutschen Arbeiterturner der Tschechoslowakei fest und treu stehen zur freien Turnfrage, zur roten Fahne des Proletariats. Frisch auf zur Tat! Frei Heil!

Der Bundesvorstand.

An alle Arbeiter-Turn- und Sportvereine! Alle Zuschriften administrativen oder organisatorischen Inhaltes sind von nun ab an Genossen Alois Ullmann, Kuffig, Marktplatz 11, zu richten, da Genosse Ed. Erlacher nach Prag überfledet ist. Zuschriften turnerischen (technischen) Inhaltes sind an Genossen Wenzel Hudeček-Schwab bei Teplich, Gartenstraße, zu senden. Wir bitten diese Adressen genau einzuhalten, bis in einer der nächsten Sitzungen veltetere Beschlüsse erfolgen werden. Die Kreisleitung.

Verlangen Sie **Palma** Kautschukabsatz- und Sohle von Thrum Schuhmachermeister. Billiger als Leder. Schonen Nerven, Füße & Schuhe. Includes image of a shoe sole.

**Insertieren bringt Erfolg!**

**Nur 1. Stock.** Eine neue Überraschung für unsere Damen! Preisabbau in der Damen- und Kinderkonfektion. Einziger Verkauf zu Fabrikspreisen direkt an den Konsumenten. **RUDOLF BUSCH, PRAG, Příkopy 27 (Großer Bazar)** Engros und Export. nur 1. Stock. Gegründet 1886. Ab neuer auch Detailverkauf. Includes list of items like Arco Ailsa K 35.-, Tarent Bella K 135.-, Talma Robin K 235.-, Talbot Helena K 335.-, Tyrus Ramino K 535.-, Tosca K 735.-, Roman K 735.-, Maña Tasso K 935.-, Novalls K 1135.-, Tanja K 1235.-

**Siberia** der Elegante SCHUHPUTZ. Herausgeber: Dr. Lubmig Esch und Karl Gernak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Polik.